Einzelpreis 10 Pfg • Jahrgang 2 — Sonnabend, den 17. Mai 1919 — Nummer 235 • Morgen-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Postbezug ohne Bestellgebühr monatl. 2,50 M., bei Zustellung unter Streifband 4,50 M. Die „Freiheit" ist in den ersten Nachtrag der Postzeitungsliste für 1919 eingetragen.

Redaktion: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19III.
Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Inserate kosten die achtgespalt. Nonpareillezeile oder deren Raum 1,20 Mk., Wortanzeigen das fettgedruckte Wort 30 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf. Teuerungszuschlag 50 Proz. Familien- und Versammlungsanzeigen fällt der Zuschlag fort. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19
Fernsprecher: Amt Norden 9768

Freiheit

Berliner Organ
der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Entente und Oesterreich.

Beratungen der Alliierten.

Paris, 16. Mai. (Havas.)

Die vier Regierungshäupter traten am Donnerstag zusammen und prüften die militärischen, marine- und luftechnischen Bedingungen, die Oesterreich aufzuerlegen sind.

Die Kommission für die Gebietsgrenzen arbeitete Donnerstag den Antwortentwurf auf die Note bezüglich der Gebietsfragen und der Anwendung der Grundsätze Wilsons aus.

Die deutsche Presse begann mit der Veröffentlichung von Auszügen aus dem Gesamtvertrag. Im Hinblick auf diese Lage beschloß die französische Regierung, der Presse den genauen und vollständigen Text der durch die deutsche Presse bekannt gegebenen Artikel zu übergeben. Diese Veröffentlichung wird am Freitag mit dem Kapitel über die Gebietsfragen beginnen.

Der offiziöse Meinungsaustausch zwischen den Italienern und Südslawen bezüglich des Problems von Fiume hat zu keiner endgültigen Lösung geführt.

Bezüglich der Truppenlandungen in Smyrna muß darauf hingewiesen werden, daß diese Maßnahme ergriffen worden ist, um die Ordnung zu sichern. Die Operation präjudiziert dem eventuellen Schicksal Smyrnas nicht.

Französischer Kredit für Oesterreich.

Versailles, 16. Mai.

Laut Matin haben Pichon und Clementel gestern im Haushaltsausschusse der Kammer nochmals die Regierungsvorlage wegen eines Kredites von 75 Millionen Franken an Oesterreich zur Sicherstellung seiner Versorgung vertreten, die kürzlich von dem Ausschuß als unangebracht abgelehnt worden war. Pichon begründete diesen Kredit politisch, die Regierung wünsche Oesterreich so zu helfen, daß es nicht gezwungen sei, sich mit Deutschland zu verbinden. Pichons Erklärungen, die Clementel durch Ziffern belegte, überzeugten den Ausschuß auch diesmal nicht, der meinte, eine solche Finanzoperation dürfe den französischen Steuerzahler nicht belasten, und der Ausschuß müsse erst genaue Angaben über das von Oesterreich zu stellende Pfand haben. Daraufhin ersuchten Pichon und Clementel, von einem Beschluß abzusehen; sie würden Anfang nächster Woche die Vorlage mit neuen Vorschlägen und in neuer Form noch einmal vorlegen.

Revolutionäre Zeichen in England.

Die Entente und Oesterreich.

(Eigener Drahtbericht der „Freiheit".)

Amsterdam, 16. Mai.

Die Zeichen revolutionärer Stimmung in England nehmen zu. Bei der irischen Debatte im Unterhaus erklärte der Arbeiterparteiler Hartshorn, daß die organisierten Arbeiter langsam aber sicher zur Entscheidung gezwungen würden. Die parlamentarische Regierungsform sei Betrug. Die Behandlung Irlands beweise, daß die wirkliche Macht nicht bei der Regierung liege, sondern bei der organisierten Bande von Militär und Reaktionären.

Der Pariser Korrespondent des „Handelsblad" erhielt eine Erklärung für den freundlichen Empfang der österreichischen Delegierten im Gegensatz zu dem kühlen Empfang der deutschen. Die Entente verzeiht die österreichischen Kriegstaten nicht, rechnet aber mit echten und großen Aenderungen in Oesterreich bezüglich der Regierung und der Stimmung der Bevölkerung, während sie die Aenderungen in Deutschland nur als oberflächlich betrachtet.

Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund.

Rotterdam, 16. Mai.

„Daily News" melden aus Paris: die Note Rantzaus über das Arbeitergesetz habe eine interessante Folge gehabt. Wenn auch die Alliierten darauf geantwortet hätten, daß keine weitere Aktion notwendig erscheine, so sei doch daraufhin der Ausschuß für die Arbeiterangelegenheiten, und zwar auf Ersuchen des Rates der Vier, zusammengetreten, um zu erwägen, ob es nicht erwünscht wäre, daß Deutschland als dauerndes Mitglied der geplanten internationalen Arbeiterorganisation beitritt. Allgemein wird die Meinung geäußert, daß dies aus naheliegenden Gründen sehr erwünscht wäre, es jedoch deshalb sehr schwierig sei, weil Deutschland nicht in den Völkerbund aufgenommen werden soll. Daher halte man es für das beste, beide Fragen zugleich zu behandeln, wenn im Oktober der internationale Arbeiterrat und der Völkerbund in Washington zusammentreten. Es sei jedoch auch möglich, daß der Rat der Vier Deutschland auffordern wird, sogleich mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages von Versailles dem Völkerbund beizutreten.

Das russische an das deutsche Proletariat.

Berlin, 16. Mai.

Der Volkskommissar des Auswärtigen Tschitscherin sendet folgenden Funkspruch an das deutsche arbeitende Volk:

In dieser schweren Stunde, da die deutschen arbeitenden Massen eine fürchterliche Prüfung unter den Schlägen des siegreichen Imperialismus durchleben, senden ihnen die revolutionären Arbeiter und Bauern Rußlands ihren brüderlichen Gruß und den Ausdruck ihrer Teilnahme, Sympathie und Arbeitersolidarität. Der Imperialismus der Ententeländer hat seinen Gegner zu Boden geworfen, und jetzt feiert er sein Siegesfest, welches jedoch wir bezweifeln es nicht, von kurzer Dauer sein wird. Der gegnerische Imperialismus trachtet nur danach, das besiegte Volk, das bisher sein Gegner war, empfindlicher und schmerzlicher zu treffen, es vollkommener auszusaugen und es in seinen ewigen Gefangenen und Sklaven zu verwandeln. Unerhörte Beraubung, unerhörte Knechtung, das bedeutet für das deutsche werktätige Volk der sogenannte Friedensvertrag, der ihm von dem entmenschten Sieger schamlos aufgezwungen wird. Reine Gewalt, Verbrechen durch und durch, das ist der sogenannte Vertrag, den zu unterzeichnen man das entkräftete deutsche Volk nötigt. Gebiete mit unzweifelhaft deutscher Bevölkerung werden ihm entrissen. Seine kostbaren Naturschätze werden ihm abgenommen, es wird gezwungen, eine so unerhörte Kontribution zu zahlen, daß selbst, wenn das deutsche Volk Tag und Nacht ausschließlich für die Befriedigung seiner Sieger arbeitete, es dennoch nicht imstande sein würde, mit dieser Last fertig zu werden. Es wird so gründlich entwaffnet, daß in jedem Augenblick der Sieger ins Innerste seines Landes wird eindringen können, um ihm die letzten Stöße zu versetzen.

Tschitscherin versichert dann, daß die werktätigen Massen Rußlands die schweren Leiden der Arbeiter und Bauern Deutschlands brüderlich mitempfinden werden; er weist ferner darauf hin, daß schon die grenzenlose Schamlosigkeit und Bestialität der jede Vernunft vergessenden Sieger allein ein Beweis dafür ist, daß deren Welt der Gewalttätigkeit am Vorabend des endgültigen Untergangs steht. Zum Schluß hebt Tschitscherin hervor, daß in der unaufhaltsam wachsenden revolutionären Solidarität der Arbeiter aller Länder und in der internationalen revolutionären Einigung das Pfand zur baldigen Befreiung Deutschlands liegt.

Eine internationale Gewerkschaftskonferenz.

Rotterdam, 16. Mai.

„Nieuwe Rotterdamsche Courant" wird aus Paris gemeldet, daß die französischen, die britischen und die niederländischen Delegierten der Gewerkschaften beschlossen haben, für den 28. Juli in Amsterdam eine internationale Arbeiterkonferenz einzuberufen. Das Programm ist die Wiederherstellung der Internationale und die Untersuchung der internationalen Lage und der Ansprüche der Arbeiter.

Belagerungszustand über Stettin.

Stettin, 16. Mai.

Ueber die Stadt ist der Belagerungszustand verhängt worden. Die Schulen, die meisten Geschäfte, mit Ausnahme der Lebensmittelgeschäfte, und die Banken sind geschlossen. Es ist eine Einwohnerwehr gebildet worden, die bereits Dienst tut. Ueber die Zahl der Opfer aus den gestrigen Kämpfen liegen noch keine zuverlässigen Angaben vor.

Die Orienttruppen noch nicht abtransportiert.

Berlin, 16. Mai.

Die Nachricht, der Abtransport der deutschen Truppen aus Saloniki sei im Gange, trifft nicht zu. Die Frage der Heimbeförderung dieser Truppen ist immer noch Gegenstand der Erwägung des interalliierten Transportdienstes.

Deutschland nach dem Frieden.

Wirtschaftspolitisches zu den Versailler Bedingungen.

Von Gg. Engelbert Graf.

In den nächsten Tagen erscheint im Verlage der „Freiheit" unter dem vorstehenden Titel eine Broschüre des Genossen Graf. Sie enthält eine eingehende Prüfung der wirtschaftlichen Bedingungen des Friedensvertrages, aus der wir einige wichtige Stellen bereits heute wiedergeben.

Kein Zweifel: die Bedingungen von Versailles sind die Bedingungen eines Friedens der Vergewaltigung. Sie sind eine schmerzliche Enttäuschung für alle diejenigen, die allzu früh an den Sieg von Recht und Vernunft im Leben der Völker geglaubt haben.

Eine Ueberraschung sind sie jedoch nicht.

Am Ende fast aller Friedensschlüsse der Vergangenheit steht der Gewaltfrieden; und es ist auch wahrlich nicht das erste Mal, daß das deutsche Volk für die Sünden seiner Regierung büßen muß.

Die viereinhalb Jahre Weltkrieg mit ihrer physischen und psychischen Entkräftung und voller Lüge und Verhetzung haben einen nur allzu günstigen Nährboden für eine Psychose der Rache und der Verzweiflung bereitet.

Nichts kann jedoch gerade jetzt verhängnisvoller sein als eine solche Psychose.

Es hilft nichts in diesem Augenblick, als alle Empörung, alle Sorge, allen Schmerz in dem hintersten Winkel unseres Herzens einzumauern und nur mit dem Verstand, unbeeinflußt von Sentiments und moralischer Entrüstung, die Friedensbedingungen durch- und weiterzudenken. Nur Tatsachen, Zahlen und Wirklichkeiten haben zu sprechen.

Es ist menschlich begreiflich, wenn wir die Friedensbedingungen nur mit deutschen Augen anschauen. Aber ehe wir uns gegen sie wenden oder uns von ihnen erdrücken lassen, müssen wir sie verstehen lernen. Wir dürfen sie daher nicht allein aus der Perspektive des zertretenen Regenwurms betrachten; wir müssen uns auch einmal an die Stelle derer versetzen, die dieses Dokument ausarbeiten zu müssen glauben; und wir müssen lernen, über unser Land hinaus europäisch und planetarisch und über unser Volk hinaus international zu denken.

Regierungskundgebungen und Presse, von der Meinung einer urteilslosen Menge ganz abgesehen, haben in all den 440 Artikeln der Friedensbedingungen nur die nationale Vergewaltigung Deutschlands, seinen finanziellen Ruin und den Verlust wertvoller Landesteile gesehen. Aber es geht in den Friedensbedingungen — ebenso wie in dem Weltkrieg — nicht um Deutschland allein, sondern um Europa, um das Wirtschafts- und Kulturleben der gesamten Menschheit.

So müssen wir uns einstellen. Und dann ist es wirklich eine geringere Sorge, ob hunderttausend Deutsche zu Polen oder Franzosen gemacht, ob die deutschen Festungen geschleift und Heer und Flotte zerschlagen werden.

Viel wichtiger ist die Frage: welche Lebensmöglichkeit hat in der nächsten und weiteren Zukunft das deutsche Volk, welche Entwicklungsmöglichkeiten haben die europäischen Völker, die Völker der Erde?

Und über der Frage, ob Deutschland unter den wirtschaftlichen Lasten, die ihm die Friedensbedingungen auferlegen, nicht zusammenbrechen wird, dürfen wir die andere nicht vergessen: Kann Europa die wirtschaftliche Belastung durch den verlorenen Krieg ertragen?

Es ist richtig, die finanziellen Verpflichtungen, die Deutschland in Versailles eingehen soll, sind un[illegible]; denn sie sind unerfüllbar. Vielleicht, daß

ge auch deshalb so rigoros gehalten sind, um die Möglichkeit einiger Konzessionen zu geben.

Sie sind unerfüllbar; denn offenbar hat sich die Entente, durch die optimistischen Darstellungen der deutschen maßgebenden Stellen während des Krieges dazu verführt, über die wahre Höhe des deutschen Volksvermögens gründlich getäuscht. Die 400 bis 500 Milliarden Mark, die noch 1918 von Bankautoritäten als deutsches Volksvermögen genannt wurden, gibt es nicht, und ein jährliches Einkommen von 40 Milliarden und eine jährliche Kapitals-Akkumulation von 8 bis 10 Milliarden Mark, wie sie Deutschland vor dem Kriege aufwies, sind auf absehbare Zeit hinaus einfach ausgeschlossen, wobei auch nicht vergessen werden darf, daß die gegenwärtige und die folgende Generation durch Hunger und Seuchen der Kriegszeit erheblich an ihrer Arbeitsfähigkeit eingebüßt haben. Zudem hat sich das flüssige Kapital, besonders in den letzten Monaten, ganz außerordentlich durch Flucht und Verschiebung ins Ausland vermindert. Durch kapitalistische Skrupellosigkeit und Mangel an Initiative bei der gegenwärtigen Regierung sind dem deutschen Volke Milliarden veruntreut worden.

Daß unter diesen Umständen der Staatsbankerott kommen, daß auch eine Konfiskation sämtlicher Vermögen über 100 000 Mark ihn nicht aufhalten wird, steht für jeden Finanzkenner außer Zweifel.

Aber der Staatsbankerott erscheint als drohendes Gespenst nicht allein über Deutschland, sondern über Gesamteuropa.

In Rußland besteht er tatsächlich schon seit Monaten, Oesterreich-Ungarn befindet sich, ebenso wie Bulgarien und die Türkei, in derselben Lage wie Deutschland; Großbritannien, Italien, Frankreich sind tief verschuldet.

Frankreichs Lage ist in mehr denn einer Beziehung selbst nach dem Versailler Frieden schlimmer als die unserige. Der Krieg blieb von Deutschlands Grenzen fern, seine Landwirtschaft, seine industriellen Werke werden zwar infolge Aussaugung des Bodens und Abnutzung der Maschinen mit geringeren Erträgen zu rechnen haben. Aber sie sind doch da. In Frankreich ist jedoch, der deutschen Konkurrenz zu Gefallen, in dem besetzten hochindustriellen Gebiet Nordfrankreichs der größte Teil der Hochöfen, Hütten, Walzwerke, Gießereien, der Textilfabriken, Kohlenbergwerke systematisch und gründlich vernichtet und dem Erdboden gleichgemacht worden. Saargebiet und Elsaß-Lothringen sollen es Frankreich ermöglichen, sofort nach Friedensschluß wieder auf dem Weltmarkt zu erscheinen; es müßte ihm sonst auf Jahre fernbleiben, bis seine Industrie wiedererstanden wäre. Und trotzdem bleibt Frankreichs Lage ungünstig. Einschließlich der annektierten Gebiete wird es wenig mehr als 40 Millionen Einwohner zählen. Seine Kriegskosten betragen schätzungsweise 170 Milliarden Mark, das entspricht einer jährlichen Zinsenlast von etwa 8½ Milliarden Mark. Es wird seine Wehrkraft auf Jahre hinaus mindestens auf der früheren Höhe halten; die Ausgaben hierfür betrugen 1913 für das Landheer 706, für die Marine 412 Millionen Mark; sie werden für die kommenden Jahre mit 1½ Milliarden Mark sicherlich zu niedrig veranschlagt sein. Das ist eine Belastung von etwa 250 Mark jährlich auf den Kopf der Bevölkerung für völlig unproduktive Ausgaben.

Deutschland wird nach dem Frieden immer noch etwa 60 Millionen Einwohner zählen. Seine Kriegsausgaben belaufen sich, nach oben abgerundet, auf etwa 200 Milliarden Mark einschließlich der für die Freiwilligen aufgewendeten Milliarden. Rechnen wir dazu noch die 20 Milliarden Mark in Goldwert, d. h. etwa 50 Milliarden nach der gegenwärtigen Valuta, die Deutschland bis 1921 an die Entente zu zahlen hat und die in irgendeiner Form in eine Kriegsschuld verwandelt werden müssen. Das bedeutet für die nächsten Jahre eine effektive Kriegsschuld von etwa 250 Milliarden Mark. Dafür werden die Kosten des Militarismus zum größten Teil wegfallen; sie betrugen vor Kriegsausbruch jährlich 1½ Milliarde und werden sicherlich in dem entwaffneten Deutschland höchstens ½ Milliarde jährlich betragen. An Kriegsschuldenzinsen und Heeresausgaben hätte also Deutschland jährlich etwa 18 Milliarden Mark aufzubringen; d. h. zwar 3 Milliarden mehr als Frankreich, aber auf den Kopf seiner vorläufig noch um die Hälfte stärkeren Bevölkerung wenig über 200 Mark jährlich.

Aehnlich wie in Frankreich liegen die Dinge in Italien und — wenn auch nicht gerade im Augenblick — auch in England. In allen Ländern droht der Staatsbankerott, drängt daher auch die wirtschaftspolitische Unhaltbarkeit der gegenwärtigen Zustände zu der nur mit Mühe (in England allerdings auch mit Klugheit) niedergehaltenen Revolution.

Reich geworden sind nur die kleinen Neutralen, reich geworden sind auch Japan und die Vereinigten Staaten von Nordamerika. Es vermehrten ihren Goldbestand:

				Juli 14 bis Juni 18 Mill. M. nach Friedensvaluta
Spanien	(in Mill. Pesetas)	von 548,5	auf 2066,9	von 440—1674
Japan	(„ „ Pfd. Sterl.)	„ 27	„ 66	„ 520—1321
Niederlande	(„ „ Gulden)	„ 102,1	„ 720,8	„ 274—1217
Schweiz	(„ „ Francs)	„ 180,1	„ 381,1	„ 146—309
Schweden	(„ „ Kronen)	„ 105,8	„ 258,7	„ 119—261
Dänemark	(„ „ „)	„ 75,6	„ 154,1	„ 85—267
Norwegen	(„ „ „)	„ 82,4	„ 180,1	„ 80—135

Dieses Gold stammt aus Berlin, Petersburg, Paris und London. Besonders Londons überragende Stellung auf dem Geldmarkt, sowohl als Finanz- wie als Warenbörse ist dahin; sie ist von der Wall-Street in New York übernommen worden.

Und als ein Sanierungsversuch der Vereinigten Staaten, des zukünftigen Bankiers der gesamten Welt, als ein Versuch, der den Bankerott Europas aufhalten soll, müssen die Friedensbedingungen aufgefaßt werden. Ob die geplanten Transaktionen dazu ausreichen werden, erscheint sehr zweifelhaft, ändert aber nichts an der Tatsache, daß die europäischen Glieder der Entente in den gleichen finanziellen Schwierigkeiten sich befinden wie wir.

Bedeutet der finanzielle Teil der Friedensbedingungen, weltwirtschaftlich betrachtet, einen großzügigen Sanierungsversuch, so erblicken wir in den territorial gerichteten Annexionen einerseits westeuropäische strategisch-wirtschaftliche Maßnahmen, andererseits Operationen des internationalen Finanzkapitals.

Krieg mit Polen.

Unter solchen und anderen ebenso schreienden wie irreführenden Schlagzeilen wird von der Presse in den Ostprovinzen Kriegsstimmungsmache schlimmster und verwerflichster Art betrieben. Vor uns liegt die „Wormditter Zeitung". Wormditt ist ein Städtchen von etwa 4000 Einwohnern. In der Ausgabe vom 14. Mai bringt dieses Blatt fünf große Inserate, in denen mit den demagogischsten Redewendungen zum Eintritt in die Freiwilligenverbände aufgefordert oder in anderer Weise die Bevölkerung aufgeputscht wird.

> Krieg mit Polen! General Haller hat ihn uns angekündigt. Seine Armeen sammeln sich an den ost- und westpreußischen Grenzen zum Einfall in unsere Heimat. Ostpreußen, wartet nicht, bis es zu spät ist. Wer die Waffen tragen kann, melde sich sofort.

So schwindelt das eine Inserat. Haller hat den Krieg nicht angekündigt. Im Gegenteil. Er hat ausdrücklich zur Besonnenheit ermahnt, damit nicht durch Unbesonnenheit neues Blutvergießen heraufbeschworen wird.

> Gefahr droht! Polen will den Beschlüssen der Friedenskonferenz zuvorkommen und mit Gewalt Westpreußen und Masuren an sich reißen. Polnische Truppen stehen zum Raubzuge bereit.

So schwindelt das zweite Inserat, das zum Eintritt in das Regiment Hindenburg auffordert. In einem dritten Inserat werden für das Fußartillerie-Regiment 22 in Lötzen allerhand Spezialtruppen gesucht. Ein von der Deutschnationalen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei, der Christlichen Volkspartei, der Deutschen Demokratischen Partei in holder Gemeinschaft mit der rechtssozialistischen Partei und dem Ebert-Scheidemann unterzeichneter Aufruf wendet sich an die Männer und Frauen Ostpreußens. Es heißt darin:

> Die bolschewistische Gefahr wächst von Tag zu Tag. Mutlosigkeit, Gleichgültigkeit, Selbstsucht und ihre Verbündeten. Vier Jahre lang hat das deutsche Volk Riegeschehenes, Uebermenschliches geleistet. Habt ihr das vergessen? Soll Deutschland zugrundegehen durch unsere Schlappheit?

Die Regierung Ebert-Scheidemann droht der Entente mit der Annäherung an Rußland und zu gleicher Zeit prangen ihre Namen unter einem demagogischen Aufruf zum Kampf gegen den Bolschewismus. So scheut man selbst vor der schamlosesten Doppelzüngigkeit nicht zurück in dem Wetteifer, Kriegsstimmung zu machen. Wozu der Lärm? Das verkündet ein fünftes Inserat.

> Ostpreußen! Habt Ihr Euren Kaiser vergessen, der immer besonders treu für Eure Provinz gesorgt hat? Habt Ihr nicht den Mut, zu bekennen, daß Ihr noch in Liebe an Eurem Kaiser hängt? Könnt Ihr ruhig zu Hause leben und schlafen, während unser geliebter Kaiser in größter Gefahr ist? Ostpreußen! Tut Eure Pflicht! Das Leben des Kaisers, Deutschlands Ehre ist in Gefahr! Könnt Ihr Euren Kindern ruhig ins Auge sehen, wenn sie Euch später einmal fragen, was Ihr für Euren Kaiser getan habt, als er in größter Gefahr war?

Das schreibt ein Hauptmann Bleudermann im Auftrage des Bundes deutscher Männer und Frauen zum Schutze der persönlichen Freiheit und des Lebens Wilhelms II. Dies Inserat zeigt klar und deutlich, was eigentlich des Pudels Kern ist. Die Offizierskorps, denen die deutsche „sozialistische" Regierung die Militärmacht Deutschlands wieder in die Hände spielt, lechzen nach „Befreiung" von dem ihm so lästigen „Joche der Demokratie", die, so jämmerlich verstümmelt sie auch ist, den nach alter preußisch-deutscher Herrlichkeit lüsternen Herrschaften von Anbeginn ein Dorn im Auge war. Nun droht die Gefahr, daß die Offizierskaste den Versuch unternimmt, mit Hilfe der unter Lug und Trug zu den Waffen gerufenen Scharen das alte Regiment wieder aufzurichten. Das darf ihnen nicht gelingen. Arbeiter, seid auf der Hut!

Rätekongreß und Friedensfrage.

Auf den Beschluß der letzten Vollversammlung der Groß-Berliner Arbeiterräte hin ist der Vollzugsrat an den Zentralrat mit dem Ersuchen herangetreten, sofort den dritten Rätekongreß einzuberufen, um zu den Friedensverhandlungen Stellung zu nehmen. Wie nun eine Lokalkorrespondenz mitteilt, hat sich der Zentralrat entschlossen, diesem Ersuchen nicht stattzugeben. Der Zentralrat sei der Meinung, daß die Festlegung der auswärtigen Politik Deutschlands Sache der allgemeinen Volksvertretung ist und daß ferner in der gegenwärtigen raschen Entwicklung der Dinge der Kongreß wohl zu spät kommen würde.

Beide Gründe können nicht als stichhaltig anerkannt werden, denn wenn irgendwo, so besteht in dieser Frage das besonders dringliche Interesse, daß die Verantwortung über die Entscheidung zur Friedensfrage nicht ausschließlich der parlamentarischen Körperschaft überlassen wird, in der die nationalistischen Elemente großen Einfluß haben. Man sollte auch glauben, daß die Regierung selbst in dieser Frage Interesse daran hätte, einen Teil der auf ihr ruhenden Verantwortung dadurch loszuwerden, daß der Rätekongreß sein Mitbestimmungsrecht ausübt. Bei gutem Willen des Zentralrats könnte auch die Einberufung des Kongresses in sehr kurzer Zeit erfolgen, wenn man dem Vorschlage des Vollzugsrats entsprechen und dieselben Delegierten wie beim zweiten Rätekongreß berufen würde.

Die nächste Vollversammlung der Arbeiterräte Groß-Berlins wird sich mit dieser ablehnenden Haltung des Zentralrats beschäftigen, und da neben den Unabhängigen auch die Kommunisten und die Rechtssozialisten die Einberufung des dritten Rätekongresses für nötig halten, einen entsprechenden Beschluß fassen.

Gewerkschaften und Genossenschaften zu den Friedensbedingungen.

Wie wir bereits mitgeteilt haben, hat die Vorständekonferenz der Gewerkschaften sich mit den Friedensbedingungen beschäftigt und einen Aufruf „An die organisierten Arbeiter aller Länder" beschlossen. Der Aufruf schließt:

> „So präsentiert sich dieser „Friedensvertrag" der Ententestaatsmänner als ein Schlag gegen das Proletariat der Welt. Wie vor über 100 Jahren die feudale Reaktion Europas sich gegen die Republik der großen französischen Revolution zur Rettung der Monarchien vereinigte, so erleben wir jetzt unter Führung der Westmächte eine Verschwörung des internationalen Kapitalismus gegen den Sozialismus und die soziale Revolution des Proletariats.
>
> Gegen diese Vergewaltigung erheben die Gewerkschaften Deutschlands Protest. Sie dürfen für sich in Anspruch nehmen, in der Bekundung der internationalen Solidarität der Arbeiterklasse nie zurückgestanden zu haben, und sie glauben daher an die Arbeiter aller Länder appellieren zu dürfen, sich diesem Protest gegen die Vergewaltigung durch das internationale Kapital anzuschließen."

Der Zentralverband deutscher Konsumvereine, die Groß-Einkaufsgesellschaft und der konsumgenossenschaftliche Arbeiterausschuß zu Hamburg erlassen ebenfalls einen Aufruf „An die Genossenschaftler aller Länder", in dem es heißt, daß der Friedensvertrag den allerschärfsten Widerspruch nicht nur der deutschen, sondern aller aufrichtigen Genossenschaftler der ganzen Welt hervorrufen müsse.

Wir glauben nicht, daß die Aufrufe beider Körperschaften auf die Arbeiter und Genossenschaftler in den Ententeländern großen Eindruck machen werden, denn beide Körperschaften haben während des ganzen Krieges die deutsche Gewaltpolitik unterstützt und damit einen großen Teil des Vertrauens eingebüßt, das ihnen früher entgegengebracht wurde.

Die Stellung der Pazifisten zu den Friedensbedingungen.

Der Bund Neues Vaterland teilt uns mit:

Unter der Ueberschrift „Pazifisten gegen den Gewaltfrieden" bringt das Berliner Tageblatt in der Morgennummer vom 16. Mai eine Kundgebung, die u. a. vom Bund Neues Vaterland unterschrieben ist. Diese Kundgebung hat mit den Friedensbedingungen nichts zu tun, sondern richtet sich nur gegen die schon vor dem Kriege durch den wissenschaftlichen Pazifismus vertretenen Standpunkt Kampf gegen die Geheimdiplomatie. Unter der gleichen Rubrik wird auch eine Kundgebung des Volksbundes für Freiheit und Vaterland veröffentlicht. Durch diese Anordnung wird der Anschein erweckt, als ob der Bund Neues Vaterland auf demselben Boden stünde wie diese Vereinigung. Wir müssen aufs schärfste Einspruch erheben gegen den Anschein einer solchen Verbrüderung. Der Bund Neues Vaterland hat sich am 13. Mai vor einem geladenen Kreise von Politikern, Schriftstellern und Sachverständigen nach rein sachlichen Methoden mit den Friedensbedingungen auseinandergesetzt und wird das Resultat dieser Besprechung in geeigneter Weise öffentlich zur Geltung bringen.

Beratungen über die Ostfragen.

Königsberg, 16. Mai.

W. T. B. teilt mit: Auf Einladung des Reichskommissars für Ost- und Westpreußen treten die Mitglieder der deutschen und preußischen Nationalversammlungen der Provinzen Ost-, Westpreußen, Posen und Pommern demnächst in einer gemeinsamen Tagung zu einer Aussprache über die Ostfragen zusammen. Die Tagung der Zusammenkunft wird so zeitig bestimmt, daß die beteiligten Abgeordneten den Tagungsort rechtzeitig erreichen können und eine fruchtbare Aussprache möglich ist.

Ebert und der Papst.

Wolffs Büro teilt mit:

Vom Vatikan ist dem Reichspräsidenten auf die Mitteilung seines Amtsantritts folgendes Schreiben zugegangen, das erst jetzt nach Berlin gelangt ist, weil es während der Räteherrschaft in München dort bei dem Nuntius liegen bleiben mußte:

„Dem ausgezeichneten ehrenwerten Manne Friedrich Ebert übersendet Papst Benediktus XV. Gruß und Heil!

Wir haben Deinen Brief erhalten, in welchem Du in Deiner Liebenswürdigkeit Uns benachrichtigst, daß Du am 10. Februar dieses Jahres in der Nationalversammlung Deutschlands zum Präsidenten dieses Reiches erwählt worden bist, und daß Du dieses Amt angenommen hast. Wir danken Dir für diesen Brief und beglückwünschen Dich zu dieser Dir übertragenen hohen Würde; dies um so mehr, als Wir sehen, daß Du Sorge dafür tragen wirst, daß die zwischen Unserem Apostolischen Stuhle und dem Deutschen Reiche bestehenden Beziehungen nicht nur unverändert bleiben, sondern auch fester werden sollen. Mit Recht nimmst Du an, daß es an Unserer Mitarbeit hierin nie mangeln wird.

Indem Wir die Aeußerungen Deiner Ehrerbietung und Liebenswürdigkeit erwidern, erbitten Wir für Dich von Gott alles Segensreiche und Glückliche.

Gegeben zu Rom bei St. Peter, am 2. April 1919, im 5. Jahre unseres Pontifikates.

Gezeichnet Benediktus p. p. XV."

Herr Ebert hat also das Vertrauen des Papstes gewonnen; ob er noch das Vertrauen der Arbeiterschaft besitzt erscheint uns sehr zweifelhaft.

Die Regierung für Preßfreiheit — im besetzten Gebiet.

Protest-Erzberger hat namens der deutschen Waffenstillstandskommission in Spaa Einspruch erhoben gegen die Maßnahmen der englischen Besatzungsbehörden in der linksrheinischen Besatzungszone, die den Zeitungen dort die ungehinderte Besprechung der Friedensbedingungen nicht gestattet habe. Der Protest ersucht um sofortige Beseitigung dieses die Bevölkerung aufs äußerste erbitternden Zustandes.

Sehr gut. Wie ist es aber mit der sofortigen Beseitigung der die Arbeiterschaft aufs äußerste erbitternden Aufhebung der Preßfreiheit in den von den Noske-Garden besetzten Gebieten des übrigen Deutschland?

Ein dunkler Punkt im Lieb'necht-Prozeß.

Wir erhalten von dem Genossen Wegmann die folgende Zuschrift. Sie zeigt, wie oberflächlich die Prozeßführung an den wichtigsten Beweispunkten vorübergegangen ist. Wir erheben deshalb aufs nachdrücklichste die Forderung, daß die preußische Regierung dem Urteil die Bestätigung versagt. Es wäre der schärfste Schlag gegen das Proletariat, wenn sie ein Urteil bestätigen würde, das — abgesehen von allem anderen — so anfechtbar ist.

„Im Prozeß Liebknecht-Luxemburg lautete das zweite „revidierte" Gutachten der Sachverständigen dahin, daß der Schuß in der Nähe des linken Ohres eingedrungen sei, während bei der Obduktion von allen drei obduzierenden Aerzten übereinstimmend die Einschußstelle in der Nähe des Wirbels festgestellt wurde.

Ich konnte mich deshalb über die Aussage des Herrn Dr. Straßmann vor Gericht nicht beruhigen und schrieb folgenden Brief:

„An den Vorsitzenden des Kriegsgerichts der Garde-Kavallerie-Schützendivision, Alt-Moabit.

Das Urteil des Sachverständigen Dr. Straßmann in der heutigen Sitzung zwingt mich, folgendes zu bemerken:

Ich habe der Obduktion von Anfang bis zu Ende beigewohnt und dieselbe mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Speziell die Abnahme des Schädels und die Untersuchung des Gehirns durch Dr. Marx habe ich ganz genau beobachtet. — Ich entsinne mich genau, wie bei der Abnahme des Schädels das Gehirn bloßlag und die beiden Oeffnungen des Schußkanals der Richtung entsprachen, wie sie die von mir vorgelegte Photographie angezeigt. Weiter entsinne ich mich ganz genau, wie Geheimrat Dr. Bier uns erklärte, daß der Einschuß, der durch den zertrümmerten Schädel erfolgt sein müsse, deswegen nicht scharf wahrzunehmen sei, weil ja diese nur an der Haut zusammenhängenden Schädelsplitter sich durch das Geschoß beiseite gedrängt haben. Ich entsinne mich auch ganz genau, wie Dr. Marx das Gehirn aus der Schädelhöhle entnahm und mit einer Sonde durch den Schußkanal fuhr. Ich halte es für ausgeschlossen, daß der Schuß in der Nähe des Ohres eingedrungen ist.

Da Liebknecht sehr genau untersucht wurde, hätte man aber auch den Schußkanal genau feststellen können müssen, als das Gehirn aus dem Schädel entfernt war und der Schädel somit vollständig von innen bloßlag. — Mit der gleichen Aufmerksamkeit habe ich nachher noch die innere Konstruktion des Schädels in Augenschein genommen und es müßte mir unbedingt aufgefallen sein, wenn in diesem vollständig freiliegenden Schädel sich eine Schußöffnung befunden hätte.

Ich stehe noch wie vor auf dem Standpunkt, daß das erste Gutachten, das bei der Obduktion gefällt wurde, das allein richtige ist.

gez. Paul Wegmann.

Nach der Verlesung des Briefes wurde vom Gericht erklärt: „Es erübrigt sich wohl, darauf einzugehen."

Nunmehr erlaube ich mir nochmals darauf einzugehen als „Laie".

Wenn das erste Gutachten aufrecht erhalten wurde, dann mußte entweder der Schütze ein sehr großer Mensch gewesen sein, oder von einem erhöhten Standpunkt aus, in beiden Fällen aus nächster Nähe, geschossen haben, weil die Schußrichtung vom Wirbel zur Stirn bei gerader Haltung des Kopfes eine abfallende Linie zeigt. Es sei denn, daß L. den Kopf stark nach hinten geneigt hätte, was wohl bei einem Fluchtversuch kaum als möglich erscheint.

Warum hat man aber, da das spätere Gutachten so ganz verschieden von dem ersten ausfiel, nicht die konservierte Schädeldecke Liebknechts, die doch aufgehoben worden ist, dem Gericht vorgelegt? Es wird notwendig sein, sie weiter sorgfältig aufzuheben, denn es werden und müssen sich aus den grundverschiedenen Aeußerungen der Sachverständigen Komplikationen ergeben, zu deren Aufklärung dieses Beweisstück unbedingt notwendig ist.

Deshalb wird die Oeffentlichkeit es wohl auch verstehen, daß ich der Behauptung der Sachverständigen, Liebknecht sei trotz der vorher erlittenen schweren Verletzung zu einem ernstlichen Fluchtversuch fähig gewesen, sehr skeptisch gegenüberstehe."

Arbeiterproteste gegen das Liebknechturteil.

Mit einem Aufschrei der Entrüstung hat die Arbeiterschaft das Urteil der Garde-Kavallerie-Schützen-Division vernommen und gegen diesen Freibrief für weitere Morde Protest erhoben. Die Arbeiterschaft der Loewerke Charlottenburg, die Betriebsversammlung der Norddeutschen Gummi- und Guttaperchawarenfabrik, die Betriebsversammlung der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik Abteilung Kugellager, die Vertrauensmännerkonferenz der Osramwerke sowie die Arbeiter und Angestellten der Firma R. Stock u. Co., Hohenschönhausen, und die gesamte Arbeiterschaft der Firma Otto Lachmann, Forstwalde, haben ohne Parteiunterschied ihrer Entrüstung gegen das hohnsprechende Urteil Ausdruck gegeben. Während die Klassenjustiz Proletarier grundlos zu schweren, lebenslangen Gefängnisstrafen verurteilt, sitzen Offiziere zu Gericht über eigene Gesinnungsgenossen und haben als Richter die frche Stirn, solch ein Urteil entgegen aller Menschlichkeit und Gerechtigkeit zu fällen. Das Proletariat erwartet den Tag der Abrechnung und wird nicht eher ruhen, bis die Mörder und ihre Helfer vor einen Revolutionsgerichtshof gestellt werden und das begangene Verbrechen gesühnt ist. Die Arbeiterschaft erwartet, daß das ganze Proletariat Deutschlands gegen dieses hohnsprechende Urteil protestiert. In Hohenschönhausen und bei den Loewwerken sind die Arbeiter anläßlich des Urteils in einen Proteststreik getreten.

Von der Ludendorffspende.

Die Regierung hat die unter großem Lärm aufgebrachten Spenden für Wohlfahrtszwecke, die die kriegsbegeisterten Macher mit dem Namen Ludendorff-Spende belegt hatten, in „Volksspende" umgetauft. Das hat einige der Spender, die mit ihrem Beitrag einen bestimmten Kriegswillen zum Ausdruck bringen wollten, verschnupft. Der „Hannoversche Courier" meldet, daß diese Stifter „ihre namhaften Beträge zurückziehen" wollen, da sie sie „lediglich für eine Ludendorf-Spende" bestimmt hätten.

Das ist auch ein Zeichen der Zeit. Ludendorff ist der Mann dieser Leute. Nur ihm und seiner Politik zuliebe haben sie gestiftet. Die Fürsorge für die Opfer des Kriegsmordens kam für sie erst in zweiter Linie in betracht.

Ein Sozialistenkongreß.

Die Zentralstelle für Einigung der Sozialdemokratie veröffentlicht einen Aufruf zur Abhaltung eines deutschen Sozialistentages, der in Berlin vom 21. bis zum 23. Juni stattfinden soll, und fordert die sozialdemokratischen Parteiorganisationen aller Richtungen auf, diesen Kongreß mit Delegierten zu beschicken. Der Kongreß soll eine Grundlage schaffen für die Einigung der sozialdemokratischen Parteien.

Kautsky zur Einigungsfrage.

In der letzten Fraktionssitzung der S. P. D.-Arbeiterräte, über die wir bereits berichteten, wurde u. a. auch ein Schreiben Karl Kautskys zur Einigungsfrage verlesen. Es ist vom 12. Mai datiert und hat folgenden Wortlaut:

Werter Genosse!

Ihre Zuschrift vom 9. d. M. ist eben erst in meine Hände gekommen. Ich danke Ihnen für Ihre Einladung, kann mich aber nach reiflicher Ueberlegung nicht entschließen, ihr nachzukommen. Das könnte mich in das schiefe Licht bei meinen Parteigenossen bringen, ich äugelte hinter ihrem Rücken mit der S. P. D., und das würde der Sache der Einigung mehr schaden als nützen, da ihr größtes Hindernis wohl das gegenseitige Mißtrauen ist. Ich könnte aber auch für die Sache der Einigung kaum etwas tun, da ich im Begriff bin, eine größere Reise anzutreten, die mich, wenn nicht unvorhergesehene Ereignisse anders bestimmen, für längere Zeit von Berlin fernhalten dürfte.

Vielleicht genügt es, wenn ich Ihnen hier meine Auffassung der Einigungsfrage vorlege. Eine Einigung ist meines Erachtens nur dort möglich, wo innere und politische Uebereinstimmung herrscht. Von diesem Standpunkt aus halte ich eine Einigung der drei Gruppen für unmöglich. Ich persönlich wäre für eine Einigung mit den Kommunisten nicht zu haben. Auf der anderen Seite könnte ich mich auch mit Noske schwer einigen. Die Schwierigkeiten der gegenwärtigen Situation sehe ich nicht darin, daß die Arbeiterbewegung in drei Gruppen gespalten ist, sondern darin, daß diese drei Gruppen nicht mit den tatsächlich vorhandenen drei Richtungen zusammenfallen.

Vor dem Kriege bildete die Masse der Partei das, was man das marxistische Zentrum nannte. Was rechts und links davon bestand, bestimmte nicht das Wirken der Partei, war nützlich der Stimme der Selbstkritik. Die Spaltung hat das marxistische Zentrum getroffen, zerrissen, und damit zur Ohnmacht verurteilt, auf der einen Seite die äußerste Rechte, auf der anderen Seite die äußerste Linke obenauf gebracht. Die Hauptaufgabe scheint mir dahin zu gehen, die Elemente des Parteitums, die Rechte der U. S. P. und die Linke der S. P. D. wieder zusammenzubringen, die tatsächlich zusammengehören und die, wenn sie vereinigt sind, auch wieder die Masse um sich scharen und äußerste Rechte wie äußerste Linke auf jenes Maß reduzieren werden, indem sie nur noch kritisieren, nicht aber die Massenbewegung bestimmen können.

Heute sind die Elemente des Zentrums bei der U. S. P. wie bei S. P. D. in einer falschen Position, machen eine Politik mit, die sie nicht billigen. Wie diese Elemente einander zu nähern sind, ist mir noch nicht klar. Die praktischen Schwierigkeiten sind groß, sie können nur von den Praktikern in der Bewegung, nicht von den Theoretikern überwunden werden. — Auf keinen Fall hätte es einen Zweck, daß ich mich jetzt, kurz vor meiner Reise, für eine Aktion engagiere, an der ich dann doch nicht teilnehmen könnte; nach meiner Rückkehr werde ich eher zu haben sein.

Sie können von dieser Mitteilung jeden Ihnen beliebigen Gebrauch machen.

Wir selbst haben unseren Standpunkt wiederholt dahin dargelegt, daß uns als nächste politische Aufgabe die Bildung einer rein sozialistischen Regierung erscheint, die für die energische Durchführung eines klaren und grundsätzlichen sozialistischen Programms die Unterstützung des gesamten Proletariats gewinnt. Das Wirken einer solchen zielbewußt sozialistischen Regierung, die keinen klassenbewußten Teil des Proletariats von der Mitwirkung ausschließen dürfte, würde die Vorbedingung für die Einigung schaffen. Dies wäre dann umso leichter möglich, da durch die Praxis sich bald herausstellen würde, daß für eine gewisse Uebergangszeit die Diktatur des Proletariats sich als Notwendigkeit ergeben würde.

Die Einheitsfront.

Die Haltung des „Vorwärts".

Der rechtssozialistischen „Freien Zeitung" wird geschrieben: „Der „Vorwärts" beweist in letzter Zeit immer mehr, daß ihm an Arbeitern nichts gelegen ist. Die ganze Schreibweise dieses Blattes läßt immer deutlicher erkennen, daß es den Kontakt mit der Arbeiterbevölkerung verloren hat. Wie ein roter Faden zieht sich tendenziöse Entstellung zuungunsten der Arbeiterklasse durch die Berichte und Nachrichten, die notwendigerweise gebracht werden müssen. Die große Mehrheit der Arbeiter der S. P. D. ist mit der Schreibweise des Blattes nicht mehr zufrieden. In Versammlungen, Sitzungen usw. wo nur Arbeitermitglieder der S. P. D. zusammenkommen, tritt dieses von Tag zu Tag deutlicher in Erscheinung. Der „Vorwärts" stellt diese Tatsache auch bereits in Rechnung und hat scheinbar nicht mehr das Verlangen, Arbeiterblatt zu sein. Freilich, die Werbeinserate für die Noske-Ludendorffsche weiße Garde bringen mehr ein. Es scheint auch nur noch eine Frage der Zeit zu sein, daß die Arbeiter der Mehrheitspartei das Blatt der Reaktion ganz überlassen werden. Es ist kaum anzunehmen, daß sich die Arbeiter dauernde Mißachtung gefallen lassen. Versammlungsberichte, die auch nur eine leise Opposition gegen die kapitalistische Regierung andeuten, wandern ohne weiteres in den Papierkorb. Wiederholt hat der „Vorwärts" in letzter Zeit Berichte, welche die übrige Arbeiterpresse, ja sogar bürgerliche Blätter anstandslos veröffentlichten unterschlagen, so z. B. aus der Lohnbewegung der Angestellten. Eine öffentliche Versammlung der Zentralstelle für die Einigung der Sozialdemokratie, welche etwa zur Hälfte aus Mitgliedern der S. P. D. bestand, beauftragte das Bureau, den Versammlungsbericht und die einstimmig angenommene Entschließung der Arbeiterpresse zu übermitteln. Der Schriftführer der Versammlung war harmlos genug, auch den „Vorwärts" als Arbeiterblatt anzusprechen. Die „Freiheit" und die „Freie Zeitung" brachten den Bericht selbstverständlich; der Weg nach der Lindenstraße aber war umsonst. Der Name Proletarische Einheitsfront wirkt auf die „Vorwärts"-Redaktion wie ein rotes Tuch auf den Stier. Aber auch diese Redaktion wird noch erfahren, daß sich von der Uneinigkeit des Proletariats nicht dauernd leben läßt."

Noskes Kampf gegen die Gewerkschaften.

Auf Veranlassung des Vollzugsrats fand am Freitag vormittag in der Angelegenheit des Freiwilligenboykotts mit Herrn Scheidemann, Herrn Noske und der Berliner Gewerkschaftskommission in der Reichskanzlei eine Sitzung statt. In dieser Sitzung wurde zunächst von Brolat (Vollzugsrat) und Körsten (Gewerkschaftskommission) ein eingehender Bericht über den Streikfall gegeben. Dazu erklärte gestern Noske: „Zeitfreiwillige sollen keine Streikbrecher sein in wirtschaftlichen Kämpfen, jedoch müßten sie bei politischen Streiks, wenn Leben und Gesundheit der Bevölkerung durch Gas- und Wassersperre bedroht sei, unter allen Umständen bestehen." Ueber die Freiwilligen sagte Noske: „Eine jede Regierung — möge sie heißen wie sie will — sei verpflichtet, sich auf Truppen zu stützen, da andernfalls eine Minderheit mit einer Handvoll Soldaten die Regierung stürzen könne. Freiwillige Truppen mit selbstgewählten Führern seien ein Unding und letzten Endes nichts anderes als ein Diskutierklub, mit dem niemand etwas anfangen könne. Er gebe zu, daß in den freiwilligen Regimentern eine Anzahl unmoralischer Menschen vorhanden sei. Es seien Leute vorhanden, die keine Zierde der Truppen darstellen, die stehlen und plündern. Das lasse sich jedoch nicht mit einem Male verhindern und aus der Welt schaffen. Nach dem neuen Friedensvertrage dürfe die ganze militärische Macht Deutschlands nur noch 100 000 Mann betragen, die nur aus Freiwilligen mit 12jähriger Dienstzeit bestehen dürfe. Auch bei diesem neuen Korps, die aufgestellt werden, müsse unter allen Umständen durchgesetzt werden, daß sie fest in der Hand der Regierung sind und nicht der Tummelplatz politischer Diskussion werden. Der Boykott dieser freiwilligen Regimenter ist ein Akt des niederträchtigsten Terrors, den er stets als Arbeiterführer bekämpft habe. Gegen jeden Versuch, die Freiwilligen zu boykottieren, werde die Regierung mit allen Mitteln vorgehen, selbst auf die Gefahr hin, daß es Opfer koste. Die Gewerkschaftsführer hätten die Pflicht, dafür zu sorgen, daß die gefaßten Beschlüsse wieder aufgehoben werden, sonst sei die Regierung verpflichtet, gegen diese vorzugehen. Mittel dazu ständen der Regierung zweifellos zur Verfügung.

Schumacher vom Schneiderverband ging auf die Ursachen des Hasses gegen die Mitglieder der freiwilligen Verbände ein und betonte, daß diese Beschlüsse gefaßt worden seien auf Anregung aus der Mitte der Versammlung. Es könne keine Rede davon sein, daß auch nur ein Gewerkschaftsführer es wagen könne, Beschlüsse der Organisationen unmöglich zu machen sonst würden die Gewerkschaften auf das Niveau der gelben Organisationen heruntersinken. Er gebe zu, daß Opfer dabei gebracht werden müßten und seien seine Kollegen bereit, diese Opfer zu tragen unter der sicheren Voraussicht, daß die Arbeiterschaft dann das letzte Wort in der Angelegenheit zu sprechen habe.

Darauf erklärte Herr Noske: Ueber die Stimmung der Berliner Arbeiter wundere er sich nicht, da die „Freiheit" schon seit Wochen und Monaten eine systematische und bösartige Hetze gegen die Regierungstruppen unternehme mit dem ausgesprochenen Zweck, die Achtung vor diesen Truppen bei der Arbeiterschaft fortgesetzt herabzusetzen. Er denke nicht daran, den Gewerkschaften Vorschriften zu machen; wenn jedoch die Gewerkschaften ihre Beschlüsse nicht revidieren, so könnten einzelne dabei unter die Räder kommen.

Brutus Molkenbuhr erklärte: Wir müssen der Arbeiterschaft unter allen Umständen das Mißtrauen nehmen; in Düsseldorf haben die Truppen geradezu wahnsinnig gehaust. Er selbst sei als Spartakist beschimpft worden. Ein Beirat, der vorgeschlagen worden sei, sei von den militärischen Stellen abgelehnt worden. Auch die Verfügungen des Kriegsministeriums schaffen fortwährend neue Erbitterung unter den Soldaten selber. Der alte Militarismus wird mit allen Mitteln wieder aufgerichtet. In Bernau sei von den Truppen die Milch beschlagnahmt worden und dadurch den Kindern auch das letzte Nahrungsmittel entzogen worden. Wir müssen unter allen Umständen Uebergriffe zu beseitigen suchen. Er betonte, daß auch Noske sein gut Teil Schuld an den Uebergriffen habe.

Scheidemann führte hierauf aus: Die Freiwilligen müssen wir haben, sonst fliegt die Regierung innerhalb 24 Stunden auf. (!) Wir brauchen sie zum Schutze der Autorität. Auch Haase habe in den Januar-Tagen, als er selber noch Mitglied der Regierung gewesen sei, sich bereit erklärt, 2000 Mann von Wilhelmshaven zum Schutze der Regierung hierherkommen zu lassen. Da nun die Arbeiter in diese Korps nicht eintreten wollen, müssen wir nehmen, was wir kriegen. Auch er wirft der „Freiheit" vor, daß sie fortgesetzt hetzt gegen diese Truppen und damit der Erbitterung den größten Vorschub leistet. Er wolle sich dafür einsetzen, daß diese Truppenkörper von allen unlauteren Elementen gereinigt würden, dann sollten die Gewerkschaften die gefaßten Beschlüsse aufheben. Die Gewerkschaftsbeamten seien dazu sehr wohl imstande, wenn sie das nur ernsthaft wollten und ihre Mitglieder in geeigneter Form unterrichten.

Schöpflin gab zu, daß bei den Freiwilligenverbänden gar keine Disziplin herrsche. Das komme jedoch daher, daß sie fortwährend von einem Platz zum anderen geschoben werden müßten, um, wenn an einer Stelle die Ruhe wieder hergestellt ist, an anderer Stelle wieder verwendet werden müßten. Wenn die Regierung nur 6 Wochen Ruhe hätte, würde es zweifellos besser werden. Die Regierung sei nicht der Spielball einzelner Personen, sondern der Verhältnisse.

Nachdem Müntner vom Gemeindearbeiterverband noch erklärt hatte, daß die Gewerkschaften absolute Freiheit im gesetzlichen Rahmen haben und ihre Angelegenheiten selbst regeln müßten, es jedoch besser wäre, wenn solche Beschlüsse nicht gefaßt würden, betonte Scheidemann zum Schluß noch einmal, daß es nun an den Gewerkschaften liege, die gefaßten Beschlüsse wieder aufzuheben und damit die Gewähr für eine friedliche und ruhige Entwickelung zu geben.

Nie ist bestritten worden, daß eine Regierung eine Macht haben müsse, die für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung sorgt. Aber diese Macht darf nicht zu einem Werkzeug der Reaktion werden, sondern nur aus organisierten Arbeitern bestehen, die die sozialistische Republik mit allen Kräften sichern würden. Daß die jetzige Regierung organisierte Arbeiter zu ihrer Unterstützung nicht findet, zeigt, daß sie keine sozialistische Politik treibt. Daher auch die Erbitterung der Arbeiter gegen die Freiwilligentruppen, die eine starke Bedrohung aller freiheitlichen Errungenschaften darstellen, was selbst die rechtssozialistischen Arbeiter anerkennen, auch die, die sich in den Januartagen der Regierung zu ihrem Schutz zur Verfügung stellten. — Daß Herr Noske sich Truppen mit selbstgewählten Führern auch jetzt noch nicht vorstellen kann, zeigt, wie fern ihm der Gedanke an eine demokratische Organisation des Heeres liegt, und wie tief er in den Gedankengängen der alten Militaristen steckt.

Theater und Vergnügungen.

Volksbühne. Theater am Bülowplatz. Direktion Friedrich Kayssler. 7½ Uhr: Penthesilea.

Opernhaus
7½ Uhr: Orpheus u. Eurydike.

Schauspielhaus
7 Uhr: Coriolan.

Direktion Max Reinhardt
Deutsches Theater
7 Uhr: Hamlet.

Kammerspiele
7½ Uhr: Der Star.

Kleines Schauspielhaus
7½ Uhr: D. Büchse d. Pandora
Sonntag 7½ Uhr: Die Büchse der Pandora.

Direktion C. Meinhard — R. Bernauer.
Theater i. d.
Königgrätzer Straße
7 Uhr: Stützen d. Gesellschaft.
Sonntag, nachmittags: Die fünf Frankfurter.
Sonntag, abends: Stützen der Gesellschaft.

Komödienhaus
an der Marschallbrücke.
7½ Uhr: Feldherrnhügel.
Sonntag, nachm.: Die Ehre.
Sg., abends: Feldherrnhügel.

Berliner Theater
7½ Uhr: Sterne, die wieder leuchten.

Lessing-Theater
Direkt. Victor Barnowsky.
7 Uhr: Peer Gynt.
Sonntag: Der Blaufuchs.
Montag: Dies irae.

Deutsches Künstler-Theat.
7½ Uhr: Das Schloß a. Wannsee.
Sonntg.: D. Schloß a. Wannsee.
Montag: D. Schloß a. Wannsee.

Theater am Nollendorfplatz.
7½ Uhr: Die Jungfrau v. Orleans
7 Uhr: Wo die Lerche singt.

Rose Theater
7½ Uhr: Robinson Crusoe
7½ Uhr: Ehe-Urlaub.

Walhalla-Theater
7½ Uhr: Der Jäger aus Kurpfalz.

Casino-Theater.
Lothringer Str. 37. Tägl. ½8 Uhr
Nur noch bis Sonntag:
Vater Knolle.
Montag zum ersten Male:
Der selige Hallschinski.
Sonntag ½ Uhr: Mensi sei süss.

Wintergarten
täglich 7½ Uhr
Varietévorstellung
Rauchen gestattet.

Theater a. Kottbuser Tor
[illegible]
Abends 7½, u. Sonntag nachmittags 3 Uhr:

Elite-Sänger
[illegible]
Sommergarten-Konzert
Beginn 7 Uhr
Sonnt. nachm. ermäß. Pr.
Vorverkauf 11—1 Uhr.

Fortuna-Lichtspiele Müllerstraße 12c
Die Sensation von Berlin.
Der Hund von Baskerville
1. Teil. Detektivschauspiel
Sherlock Holmes: **Alwin Neuss.**

Walhalla-Lichtspiele Chausseestrasse 79
Der Erfolg von Berlin.
Die Lieblingsfrau d. Maharadscha
1. Teil. Liebesschauspiel.
Psylander
Die Liebesgeschichte eines Schauspielers.

Kennst Du das Land wo bicke Eichen stehen, Hast du den kleinen Spreewald schon gesehen?
Der schönste Ausflugsort im Reiche
Zu Manns Waldschloß in Schöneiche
Telephon: Friedrichshagen 65.
Jeden Sonntag Tanz.

Jüd. Liter. Verein. Berlin
[illegible]
Bernburger Straße 21
Abend alt jüdischer Literatur
[illegible]: Die jüdische Literatur und der jüd. Leser.
[illegible]: Aus eigenen Werken
Karten an der Abendkasse.

Sterne, die wieder leuchten

ab Heute
wieder ungekürzt
täglich im
Berliner Theater

Vergnügungs-Palast „Groß-Berlin"

früher: Kliems Festsäle
Hasenheide 13-15 Inh. Karl Knoppe
Sonntag, den 18., Mittwoch, den 21. und Donnerstag, den 22. Mai 1919

Großer Ball

mit verstärktem Orchester.
Anfang Sonntags 4 Uhr
Wochentags 7 Uhr

Die eleganten Säle und Sommertheater sind an Gesellschaften und Vereine unter kulanten Bedingungen zu vergeben.

Nordpalast-Lichtspiele
N, Kösliner Straße 8, am Nettelbeckplatz.
Vom 16. bis 19. Mai:

1001 Frau

mit Erich Kaiser-Titz.
Erstaufführungen. — Erstklassige Künstlerkapelle.
Grosser schöner Saal für ca. 800 Pers. — Beginn der Vorstellung: Wochentags 6 und 8 Uhr, Sonntags: ab 3 Uhr für Kinder, ab 8 Uhr für Erwachsene.

Oeffentlicher Diskussionsabend!!

Am Sonnabend, den 17. Mai, abends 7 Uhr,
in der Aula des Königstädtischen Real-Gymnasiums, Elisabethstraße 55-56 am Alexanderplatz

Vortrag:

Die naturwissenschaftlichen Grundlagen des Sozialismus.

Referent: Dr. Heinrich Goldberg.

Freie Diskussion. Zahlreiches Erscheinen erwünscht.

„A. H. K. B." Allgemeiner Humanist'scher Kulturbund

Einladung an Alle!

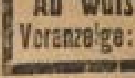
Heute! Sonnabend, den 17. Mai 1919, abends 7½ Uhr im „Patzenhofer", Berlin C, Grünstraße 21
Vortrag über:
„Wie kommen wir zum wahren Völker-Frieden"
Referent: H. Münnich
Eintritt frei! Freie Aussprache!

Volksversammlung.

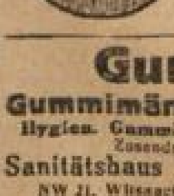
Sonntag, den 18. Mai, 11 Uhr vormittags, hält der Herausgeber der „Tribüne"
Karl Schneidt
im großen Kinosaal von Kellers Festsälen, Koppenstraße 29,
einen kritischen Vortrag.
Eintrittspreis 50 Pf. zur Deckung der Tageskosten.

Freie Turnerschaft Spandau.

Unsere sportliche Veranstaltung, welche am 8. März unter dem Belagerungszustand nicht stattfinden konnte, findet nun bestimmt am 17. Mai, Abends 6 Uhr, in Schüz' Festsälen, Schützen-Straße, statt. Die seinerzeit vorausgabten Eintrittskarten haben Gültigkeit. Der Festausschuß.



Reederei Kähne & Berger Fernspr. Kön[illegible] 2062
Morgen Sonntag letzte diesj. Fahrt.
Zur Baumblüte nach Werder
Abfahrt 9 Uhr Reichstagsufer am Bahnh. Friedrichstr.
Ab Waisenbrücke: Morgen u. folg. Sonntage 2 Uhr Krampenburg.
Voranzeige: Himmelfahrt 8 u. 2 Uhr Krampenburg u. erst. diesj. Fahrt nach Teupitz 8 Uhr.



Huthaus Norden

Brunnenstr. 52 a. d. Bernauer Str. u. Badstr. 65, gegenüber Gesundbrunnen Straße
Filz- und Strohhüte, Wäsche, Krawatten.

Gummiwaren

Gummimäntel für Damen und Herren.
Hygien. Gummiwaren: Verlangen Sie kostenlose Zusendung der neuesten Preisliste!
Sanitätshaus **Willy Holzer**, Berlin,
NW 21, Wilsnacker Straße 9. Telephon Moabit 1683.
Bei Bezugnahme auf diese Anzeige 5% Rabatt!

Abessinierbrunnen

Rohre, Filter billigst
Robert Brien, Pumpenfabrik, Krautstr. 31

Annehmen oder ablehnen?

Die Unabhängige Sozialdemokratie und der Friede

Mit Beiträgen von K. Kautsky, Gg. E. Graf, C. Ballod, A. Stein, R. Hilferding und H. Haase.

Preis 50 Pfennig.

Buchhändler, Spediteure und Zeitungshändler wollen sofort ihren Bedarf anmelden!

Vertreter in allen Orten Deutschlands gesucht!

Soeben erschien:

U. S. P. D.

und Gewerkschaften
Resolution zur Gewerkschaftsfrage
Von Robert Dissmann **Preis 30 Pf.**

In den nächsten Tagen erscheinen:
Der Weg zum Sozialismus
Von Otto Bauer **Preis 50 Pf.**
Die Gewerkschaftsfrage
Von Robert Dissmann **Preis 30 Pf.**
Die Wahrheit über die Berliner Strassenkämpfe
111.—120. Tausend **Preis 35 Pf.**

Bestellungen sind zu richten an die Buchhandlung der Verlagsgenossenschaft „Freiheit" e. G. m. b. H., Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19.

Tüchtiger, gewandter

Schriftleiter

der gleichzeitig auch einen Teil der Berichterstattung mit zu übernehmen hat, wird zur Bearbeitung des provinziellen Teiles des
Volksblattes für Halle (U. S. P. D.)
zu sofortigem Antritt gesucht. Bewerbungen erbeten an die Schriftleitung des Volksblattes, Halle a. S., Harz 42/44.

Biesdorf Süd
Kaulsdorf Süd
in der Nähe d. Bhf. Sadowa
[illegible] von M. 25,— an.
Bequemste Besichtigung.
Viele Parzellen, in [illegible]

Villen-Grundstück mit Gartenland
Falkenhagen-West
dir. a. Bhf. Seegefeld, [illegible] Bst. d. B anbau, [illegible], an großer Straße, mit Gas u. Wasserltg. [illegible] von 30 M. aufwärts.

Gartengrundstücke
[illegible] Obstgärt. Gut., fruchtb. Ackerland, [illegible] Kaulsdorf-Nord, direkt a. Bahnh. beg., zu [illegible] je nach Lage, Biesdorf-Nord, [illegible] ☐M. u. M. 40, an. [illegible]

Eigenheim-Gesellschaft
Nieschalke & Nitsche.
Berlin NO 43,
Neue Königstraße 16.

Dr. med. Karl Reinhardt
Berlin, Potsdamer Strasse 117 (a. d. Lützowstrasse)
Haut- und Harnarzt
bewährte, fachmännische Behandlung.
Unentgeltliche Auskunft und aufklärende Gratis-Broschüren (Beschreib. sämtlicher Heilverfahren) in den Sprechstunden von ½11—2 mittags, ½6—½10 abends, Sonntags ½11—1 Uhr (im verschlossenen Brief Mk. 1,25).

Möbel!

auf
Teilzahlung!

Bei bekannt reeller Bedienung liefern wir nicht nur
einzelne Möbel
aller Art, sondern auch
komplette bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen
sowie komplette
Schlafzimmer, Speisezimmer, Wohnzimmer, Küchen.
Möbelinteressenten und Brautleute werden höflichst gebeten, vor Einkauf unsere Lager zu besichtigen.
Langjährige Garantie.
GEBR. LIEBER
16, Alexander-Str. 16
— nahe Jannowitzbrücke —
nur I. Etage. kein Laden
Weitgehendste Zahlungserleichterungen

Arbeiter und Arbeiterinnen der Pulverfabrik Spandau.

Nr. 2475, II, 19.

Auf Grund der Kündigungen erfolgt die letzte Auszahlung des Lohnes, die Aushändigung der Papiere, sowie die Zurückgabe der Lohnordnung und des Krankenkassenbuches an den Tagen vom 19. bis 24. 5. 19, vormittags 11 Uhr, beginnend in den Speisesälen am Tor III wie nachstehend aufgeführt:

Montag, 19. Mai 1919.
Gem. A 1 11 Uhr, A 2 11,30 Uhr — Männer-Speisesaal.
B 1 11 Uhr, B 2 11,30 Uhr — Frauen-Speisesaal.
Gem. 7, Z, S, Has. — 11 Uhr Männer-Speisesaal.

Dienstag, 20. Mai 1919.
Gem. C 1 11 Uhr Männer-Speisesaal.
C 2 11 Uhr Frauen-Speisesaal.
E, 4 b, 8 a — 11,30 Uhr Männer-Speisesaal.

Mittwoch, 21. Mai 1919.
Gem. A 4 11 Uhr Männer-Speisesaal.
D 11 Uhr Frauen-Speisesaal.

Donnerstag, 22. Mai 1919.
Gem. 10 11 Uhr Frauen-Speisesaal.
Gem. Hof 11 Uhr Männer-Speisesaal.
Gem. 6b F.V. 11,30 Uhr Männ.-Speisesaal.

Freitag, 23. Mai 1919.
Gem. C 3 11 Uhr Männer-Speisesaal.
Gem. 6 c, 5 b — 11 Uhr Frauen-Speisesaal.

Sonnabend, 24. Mai 1919.
Gem. A 3 11 Uhr Männer-Speisesaal.

Die Direktion.

Mandoline 35 Mk.

m. Messingbünde,
Toninstrumente, Geigen.
neue u. eingespielte für Konzert u. Unterricht, fachm. geprüfte Instrumente.
Formkästen, Saiten, Bänder, Konzertlaute 70 Mk.
Verlangen Sie Preisliste!
Gitarren 40 Mk.
Zither 35 Mk.
Unterlegeno ss in gr. Auswahl, Notenlager, großes, für Klavier und Geige.
Sprechmaschinen - Platten. neue, eingetroffen.
Musik-Haus A. Guddat
Neukölln, Berliner Straße 47 48

Wie ich meine
Tätowierung
schmerzl. ohne Stechen, Schneid. narbenfrei selbst entfernte. Prospekt gratis
Sprechst. 3—7, Sonnt. 9—12.
Nitschke, Charlottenburg, Kantstraße 64, nahe Bahnhof.

Spezialarzt

Dr. med. Haedicke
Haut-, Harn-, Geschlechtsl., Blutuntersuche., Friedrichstr. 178-183 (an d. Mohrenstraße Untergrdb.). 11-1, 5-7, Sng. 11-1

Suche für sofort oder später
3-Zimmerwohnung
mit Bad. Vorort bevorzugt.
Gefl. Offert. unt. „W. J." an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Kaufgesuche

Kupfer
sämtl. Metallabfälle, Quecksilber, Platin, Gold, Silberbruch, Zahngebisse kauft zu Fabrikpreisen
„Metallschmelze Cohn"
Brunnenstr. 11 Hof und Neukölln, Kais.-Friedr.-Str. 229 (nahe Hermannplatz).

Platin! Silber!
zu Original-Schmelzpreisen kauft
Metallschmelze Cohn,
Brunnenstr. 11 Hof und Neukölln, Kaiser-Friedrich-Str. 229 (Nahe Hermannplatz).

Messing
Quecksilber! Zinn! Sämtliche Metallabfälle! Platin! Gold! Silber! Zahngebisse kauft zu Fabrikpreisen!
Metallschmelze Baruch
Fennstr. 48

Klavier
oder Flügel, eventuell Harmonium, kauft **Schachtschneider,** Buckowerst 14 III
Preisangebot erbeten.

Achtung Schneider!
Stoffe, Serge, Garne, sowie sämtl. Futters. kauft höchste **Schein.** Straßburger Str 59.

!! Kaufe !!
Kompl. Wohnungseinrichtung, sowie einzelne Möbelstücke, auch Teppiche, Gardinen, Stores. Komme überall.
M. Thau, Wiclefstraße 28 I.

Elektrische Leitungsdrähte, Litzen-Kabel kauft Schumann, Andreasstraße 78, vorn II, am Schlesischen Bahnhof.

Metalle jeder Art zu höchsten Preisen kauft Zweig, Invalidenstraße 142, Telephon: Norden 9649.

Platinabfälle! Goldbruch, Silberbruch, Silberlote, Quecksilber, Zahngebisse, Kupferabfälle, Messingabfälle, Nickel, Aluminium, Zinn, Zink, Blei, kauft Metalleinkaufs-Zentrale, Neanderstraße 18, Moritzplatz 467. Händler, Fabrikanten, Engrospreise.

Platina
zu den höchsten Tagespreisen, Zahngebisse, Gold, Silberabfälle kauft Frau Liske, Blücherstraße 43.

Edelmetalleinkauf!
Platinabfälle, Zahngebisse, Gold Silberabfälle.
Frau Kauth Zionskirchstr. 54.

Schellack
sowie Leim kauft jeden Posten
E. Thau, Berlin.
Wiclefstr. 28, I. Moabit 2982.

Metalleinkauf
Goldabfälle, Silberabfälle, Platinabfälle, Zahngebisse.
Christionat Reichenberger Straße 22 (Kottbuser Tor).

Boschmagnete, neue Boschkerzen, kauft Meyerfiliale Zehdenicker Str 12a. (4—7.)

Speisezimmer, Herrenzimmer, Schlafzimmer, Küchen, einzelne Möbel, Büfetts, Bücherschränke, Schreibtische, Ledermöbel, Teppiche, Klaviere, Geldschränke, ganze Restlager kauft Walter Schneider, Woldenberger Straße 2. Alexander 1857.

Kupferleitungen, Kabel, Litzen kauft zu höchsten Tagespreisen Elektro-Büro Langestraße 27 I Ecke Andreasstraße. Alex. 3936.

Spiralbohrer SS, zahlt höchste Preise Hottke, Nazarethkirchstr. 52, I. Ecke Müllerstraße.

Fahrradgesuch. Motorradgesuch. Kämmerer, Gr. Frankfurter Str. 14. Alexander 3094.

Bosch Zündkerzen und Magnete kauft laufend J. Brandes, Auguststraße 64, 2. Aufgang.

---

4. Wahlkreis U. S. P. D. Bezirk 200, Abt. 1.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriger Genosse, der Tischler
Theodor Bluma
Grünauer Straße [illegible] nach schwerem Leiden gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Einäscherung findet am Montag, den 19. Mai, nachmittags 3 Uhr, im Krematorium [illegible] statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Nachruf.
4. Wahlkreis U. S. P. Abt. 17, Abt. [illegible]
Am 10. Mai [illegible] starb unser [illegible] Genosse, der Arbeiter
Julius Stolle
Wiesenstraße 10.
Ehre seinem Andenken!
Der Vorstand.

Danksagung.
Für die überaus zahlreiche Beteiligung beim Begräbnis meines innigstgeliebten Mannes, unseres herzensguten Vaters, Schwiegervaters und Großvaters, des Lagerhalters
Hermann Esch[illegible]
sagen wir allen Beteiligten, insbesondere dem Vorstand, den Angestellten und Mitgliedern der Kons.-Gen.-Wahlverein [illegible] 12. Abt. des [illegible] U. S. P. D., dem Vorstand und dem Kollegen des Zentralverb. Handlungsgeh. [illegible] Männ.-Abt. Turnvereins [illegible] den Mitgl. [illegible] Olympia-Männerchors sowie Herrn [illegible] für seine trostreichen Worte unseren allerherzlichsten Dank.
Frau Moth[illegible] nebst Kindern.

Platin, Zahngebisse, Gold-, Silberabfälle, Rückstände, Kupfer, Messing, Zinn, Antimon etc., Quecksilber, Celluloid-Filmabfälle, elektrische Kabel [illegible] höchstzahlend Silberschmelze Christionat, [illegible] Straße 20a (gegenüber Manteuffelstr.)

Elektrische Leitungsdrähte, Litzen, Kabel kauft [illegible] E. Schumann, [illegible] Straße 31 II.

Isolierten Kupferdraht kauft Bromberg, [illegible] straße 1, Alex. [illegible]

Elektrische Kabel, Litzen, Leitungsdrähte, kauft Weinsziehe, [illegible] Straße 71.

Leitungsdrähte, Litzen, Anker- und [illegible] kauft höchstzahlend [illegible] büro Oranienstr. [illegible]

!!! Geld !!!
für jede Wertsache [illegible] Ankaufspreise [illegible] Brillanten, Goldwaren, Teppiche, Bücher usw. [illegible] Friedrichstr. 41 [illegible]

Spiralbohrer, Schneideisen usw. kauft Posten und jeden [illegible] allerhöchsten Preisen Neue [illegible] Pasenecker, [illegible] Hof straße 38. links, am Alexanderplatz.

Anzug oder Stoff, Militär, kauft Krause, Tegeler Straße 21.

Schreibmaschinen, neue und gebrauchte, reparaturbedürftige, kauft jede Anzahl [illegible] Oranienstraße 158.

Kaufe jeden Posten neue Spiralbohrer, Werkzeug- und Schnellstahl, Reibahlen, Gewindebohrer, Schraubstöcke, leinen [illegible] Ernst Thiede, [illegible] Sparrstr. [illegible] N 39, vorn 1. Etg.

Spiralbohrer, nur neue, aus Schnell- und Werkzeugstahl, Kupfer, Messing und andere Metalle kauft Klotke, [illegible] der Str. 48, Nähe Bahnhof Prenzlauer Allee.

Rote Kreuz-Geld-Lotterie

Ziehung 4., 5., 6., 7., 8., 9., 10. Juni 1919
17 831 Geldgewinne = 600 000 Mark
Hauptgewinn 100 000 Mark bar
Lose nur 3.50 Mark, Porto und Liste 50 Pfg. mehr.
Versenden gegen Nachnahme oder Voreinsendung
Emil Haase & Co., Berlin 21, Bredowstr. 9
Eigene Berliner Filialen: Königstr. 55 u. 57, Wallstr. 1, Rosenthaler Str. 71, Müllerstr. 34.
Zigarren, Zigaretten, Rauchtabak, Kautabake.

Gewerkschaftliches.

Rücktritt der Vorstandsmitglieder des Bergarbeiter-Verbandes.

Die Vorstandsmitglieder des alten Bergarbeiterverbandes erlassen in der „Bergarbeiter-Zeitung“ eine Erklärung, wonach sie der demnächst stattfindenden Generalversammlung ihre Aemter zur Verfügung stellen. Zur Begründung dieses Entschlusses wird gesagt, daß sie die Verantwortung für die wirtschaftliche Not und das unermeßliche Leid, das durch die Streiks über die Arbeitermassen Deutschlands und die Bergarbeiterfamilien heraufbeschworen wird, nicht übernehmen können.

Streik der Theaterarbeiter in der „Volksbühne“.

Die gestrige Freitagvorstellung „Gas“ im Volksbühnen-Theater am Bülowplatz mußte ausfallen, da die Bühnenarbeiter in den Streik treten. Der Grund liegt in der Ablehnung von Forderungen, die in solcher Höhe in keinem anderen Theater erhoben worden sind. Es wurde den Arbeitern erklärt, daß die Volksbühne kein privatkapitalistisches Unternehmen sei, sondern mit einem aus den Mitgliederbeiträgen bestrittenen Etat arbeite, der kein Kapital darstelle, aus dem sich diese Mehrforderungen ohne weiteres bestreiten lassen könnten, und daß für die neuen Forderungen der Arbeiter (Extrabewilligung in Höhe des Monatsgehalts und Vollbezahlung der beschäftigungslosen zwei Sommermonate), die eine Mehrausgabe von mehr als 60 000 Mk. erfordern, in diesem Etatjahr keine Deckung zu schaffen wäre. Trotzdem ist es nicht möglich, zum Abschluß der Verhandlungen zu kommen. Es steht aber zu erwarten, daß die Vorstellung am heutigen Sonnabend nach erzielter Einigung wieder stattfinden kann.

Aus der Malerbewegung.

Eine Mitgliederversammlung der Filiale Berlin des Verbandes der Maler beschäftigte sich am Donnerstag mit der Weiterberatung der Statuten. Vorher wurde eine Stichwahl zum Verbandstag zwischen Kloß und Schindler vorgenommen; Kollege Schindler ging als gewählt hervor.

Zur Statutenberatung wurden eine Reihe Abänderungsanträge gestellt, die zumeist von den Kollegen Kaiser und Drendel begründet wurden. Nach einer lebhaften Diskussion wurden die meisten Anträge angenommen. Die bemerkenswertesten sind u. a.: „Die Zahlung einer Streikunterstützung an Mitglieder unter 26 Wochen soll erfolgen, wenn es die Filiale beschließt“, dann ein Antrag, welcher eine wesentliche Erhöhung der Streikunterstützung gegenüber den Vorschlägen des Hauptvorstandes vorsieht.

Es starken dann eine Reihe Anträge zum Verbandstag zur Diskussion. Angenommen wurde ein Antrag: „Bei Abschluß des Reichstarifs ist den großen Filialen mehr Selbstbestimmungsrecht zu gewähren“.

Eine längere Resolution, welche die bisherige Politik der Gewerkschaftsführer verurteilt und deren Beseitigung verlangt, wurde gegen vier Stimmen angenommen. Ferner wurde einer Anfrage an den Hauptvorstand, ob aus dem Verbandsvermögen Kriegsanleihe gezeichnet ist, zugestimmt. Ringel erklärt vorher, daß nach Anfrage beim Hauptvorstand das nicht der Fall ist.

Kaiser begründet dann einen Antrag, der dem Gewerkschaftskongreß unterbreitet werden soll; er verlangt, das Unterstützungswesen der Gewerkschaften mit Ausnahme der Streik- und Gemaßregeltenunterstützung abzubauen und so die Gewerkschaften aus Unterstützungsvereinen zu Instrumenten des Klassenkampfes zu machen. Alle anderen Unterstützungen seien Pflicht von Reich, Staat und Kommunen. Nach längerer Diskussion wurde der Antrag gegen wenige Stimmen angenommen. Angenommen wurden ferner noch Anträge, die die Verschmelzung aller Verbände des Baugewerbes verlangen, dann „in Verbindung zu treten mit den in Frage kommenden Gewerkschaften, um die Sozialisierung der Schiffsbau- und Waggonindustrie herbeizuführen“. Ferner „Die Gehaltsfrage der Angestellten ist auf jeder Generalversammlung zu regeln“.

Einige wichtige örtliche Angelegenheiten mußten wegen der vorgerückten Zeit vertagt werden.

Zur Lohnbewegung im Berliner Buch-, Druck- und Papiergewerbe.

Nachdem die Arbeitgeber im gesamten Berliner Papierfach sich zu einer Arbeitgeber-Organisation zusammengeschlossen haben, erklärten sie sich angesichts der Haltung der organisierten Angestellten endlich bereit, mit den beiden freigewerkschaftlichen Angestelltenverbänden, dem Angestellten-Verband des Buchhandels, Buch- und Zeitungsgewerbes und dem Zentralverband der Handlungsgehilfen in Tarifverhandlungen einzutreten. Die Verhandlungen sollten am Donnerstag beginnen. Als die Vertreter der beiden Organisationen zu den Verhandlungen erschienen, fanden sie die gelbe Schutztruppe der Unternehmer, den sogenannten Gewerkschaftsbund kaufmännischer Angestelltenverbände, im Verhandlungsraume vor. Die Unternehmer erklärten, daß sie nur gemeinsam mit den Harmonieverbänden und den freigewerkschaftlichen Organisationen verhandeln wollten. Diese Zumutung lehnten die Gewerkschaften selbstverständlich ab. Ehe zu der Ergreifung anderer Mittel geschritten werden soll, wurde indes den Unternehmern eine nochmalige Frist bis zum Dienstag den 20. d. M. abends gestellt, nach deren Ablauf die weitere Beschlußfassung erfolgen soll. Hierzu versammeln sich die auf dem Boden der freigewerkschaftlichen Organisationen stehenden Angestellten der Groß-Berliner Buchdruckereien, Buchbindereien, Geschäftsbücher- und Kartonnagen-Fabriken, sowie der Papierhandlungen und -fabriken und der übrigen Zweige des Papierfachs am Dienstag abend 7½ Uhr in den Arminhallen, Kommandantenstraße 56/59.

Die Arbeitslosen Neuköllns.

Die Arbeitslosen von Neukölln waren am Donnerstag in der Unions-Brauerei stark vertreten. Der Referent, Genosse Geyler-Wib, legte die Situation eingehend dar und begründete die Forderung, den Erwerbslosen Naturalunterstützung zu geben. Stadtrat Lindner legte die Gesichtspunkte dar, von denen sich der Magistrat Neukölln leiten lasse, der an die Bestimmungen des Demobilmachungsausschusses gebunden sei. Man solle Beschwerden und Forderungen an diesen richten. Genosse Günther wies darauf hin, daß von dieser Regierung nichts zu erwarten sei. In angenommenen Entschließungen brachte die Versammlung zum Ausdruck, daß die Unterstützungssätze keine Lebensmöglichkeit bieten, es wird verlangt, daß die zum Leben nötigen Artikel geliefert werden; die Gemeinde- und Stadtverwaltungen werden ersucht, das erforderliche bei den Reichsbehörden zu veranlassen. Ferner wurde die Forderung erhoben, Mietszuschüsse bis 25 M. monatlich zu gewähren, andernfalls vom 1. Juli ab die Miete schuldig geblieben werden müsse. Die Versammelten Arbeitslosen Neuköllns fordern die Stadtverwaltung auf, bei den zuständigen Stellen mit aller Entschiedenheit für die Erfüllung der nachstehenden, schon früher beschlossenen und der Regierung bekannten Forderungen einzutreten: 1. Völlige Steuerfreiheit der Erwerbslosen-Unterstützung; 2. Fortfall der Karenzzeit in jeder Beziehung; 3. erste Zahlung der Unterstützung mindestens 1 Woche nach Meldung zur Erwerbslosenfürsorge; 4. Zahlung der Unterstützung auch für die Sonntage; 5. gleiche Höhe der Unterstützung für männliche und weibliche Erwerbslose; 6. freie ärztliche Behandlung der Familienangehörigen der Erwerbslosen. Ferner nahm die Versammlung Stellung zu den Friedensbedingungen im Sinne der U. S. P. D., und außerdem wurde ein Protest gegen das Urteil im Prozeß Liebknecht-Luxemburg angenommen.

*

Auch die Arbeitslosen in Weißensee beschäftigten sich in einer stark besuchten Protestversammlung mit den Forderungen und stimmten ihnen zu. Nach längerem Verhandeln mit dem Bürgermeister wurde eine einmalige Beihilfe für sofort zahlbar bewilligt. Für verheiratete 10 Mk. und für ledige 5 Mk. Der Bürgermeister verwies uns darauf, daß der Groß-Berliner Hauptausschuß am Sonnabend dazu Stellung nehmen wird.

Streik in Berliner Annoncen-Expeditionen.

Das Personal der Annoncen-Expeditionen Haasenstein u. Vogler und „Invalidendank“ ist in den Streik getreten. Es werden in dieser Branche noch sehr geringe Gehälter gezahlt, und die Unternehmerorganisation lehnte es ab, einen Tarifvertrag abzuschließen. Falls dieser Standpunkt nicht aufgegeben wird, droht der Streik auch auf andere Firmen überzuspringen.

Die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen der Spandauer Heereswerkstätten erhoben am 14. Mai in den Germaniasälen, Protest gegen jede Entlassung von Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen. Die Versammelten sind der Meinung, daß die Kriegsbeschädigten, welche durch den elenden Völkermord ihre Glieder und Gesundheit und die Kriegshinterbliebenen ihr liebstes, ihren Gatten und Vater geopfert haben, zuerst der Staat für die Leidenden zu sorgen hat. Sollte irgend eine Fabrik durch die Beschäftigung genannter Personen nicht produktionsfähig sein, so ist das Reich verpflichtet, den betreffenden Institut einen Zuschuß aus Reichsmitteln zu gewähren.

Vertrauensleute der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen der Heereswerkstätten Spandaus sowie die Delegierten zur Reichskonferenz. Dienstag, mittag 2 Uhr, wichtige Besprechung in Uffews Bierhallen, Neue Friedrichstraße 2.

Achtung! A. W. Süd, Spandau. Das Auskunftslokal für die Spandauer Kollegen befindet sich in Spandau, Wendenauer 17, bei Willi, für Moabit bei Martini, Beusselstraße 44 a.

Versicherungsangestellte im Zentralverband der Handlungsgehilfen. Montag, abends 7 Uhr, in den Musikersälen, Kaiser-Wilhelmstr. 31, Versammlung der Funktionäre und Betriebsvertrauensleute. Mitgliedsbuch bzw. Ausweis. Jeder Betrieb muß vertreten sein.

Gruppe 13. Sämtliche Obleute der Angestelltenausschüsse im Maschinenbau, Werkzeugbau, Schaufensterarchitektur. Versammlung am Mittwoch, den 21. Mai, abends 6 Uhr, in Haberlands Festsälen, Neue Friedrichstr. 35. Aeußerst wichtige Tagesordnung.

Groß-Berlin.

Zur Behebung der Wohnungsnot.

Geredet und geschrieben ist genug worden über die Wohnungsnot; wichtiger ist es, Ernst zu machen mit Wohnungsbauten. In Groß-Berlin besteht ein Wohnungsverband, der für solche Bauten Zuschüsse zahlt. Aber auch mit diesem Verband hapert es sehr bei der Verteilung der Gelder. Zum Wohnungsbau gehört außer Geld aber Baumaterial. Bei gutem Willen könnte da viel mehr geschehen. In der Nähe von Adlershof lagern große Mengen von Bauhölzern, die dem Reichsverwertungsamte unterstehen. Als kürzlich Vertreter der Gemeinde Adlershof wegen Ueberlassung von Bauholz für Gemeindebauten beim Reichsverwertungsamt vorstellig wurden, wurde dort die lakonische Antwort erteilt, man habe das Bauholz an Privatholzhändler verkauft. Die Gemeinde solle sich an diese Firmen wenden, die hoffentlich etwas ablassen würden. So fördert das Reich durch seine Reichsstellen den Wohnungsbau der Gemeinden. Es ist unerhört, wie hier der Privatwirtschaft in die Hände gearbeitet wird und die Gemeinden den Privatunternehmern preisgegeben werden, obwohl Materialien im Besitze des Reiches sich befinden.

Bei dieser Gelegenheit noch eine andere Sache. In Rüdersdorf befindet sich ein Kalkberawerk. Dieses Berawerk gehört zu fünf Sechstel dem Staat, und zu einem Sechstel ist die Stadt Berlin dabei beteiligt. Dieses Bergwerk könnte reichlich Baumaterial liefern, wenn es ordentlich bewirtschaftet würde. Aber daran fehlt es eben. Im preußischen Ministerium scheinen Herren zu sitzen, die kein Interesse an dem Bergwerksbetrieb in Rüdersdorf haben. Es müßte ein leichtes sein, für Absatz der Produkte zu sorgen, wenn manche, durch gewisse Interessenten absichtlich genährte Bedenken beseitigt würden. Die Dinge gehen zu lassen, wie sie gehen, ist heutzutage unerhört. Den Herrschaften im preußischen Ministerium muß der Marsch geblasen werden. Wird das Rüdersdorfer Kalkbergwerk in rationeller Weise betrieben, so bekommen wir sehr bald Baumaterial und, was sehr zu begrüßen wäre, es könnten 1500 bis 2000 Arbeiter Beschäftigung und Brot finden. Das wird heute durch den preußischen Schlendrian verhindert. Diesen Schlendrian zu beseitigen, ist höchste Zeit.

Die Politik in der Schule.

Die nationale Woge schlägt ihre Welle auch in die Schule. Dienstbeflissene Lehrerte suchen das „Deutschland, Deutschland über alles“ wieder zu Ehren zu bringen. In der 2. Klasse des Oberlyzeums Tempelhof wurde den Schülerinnen das Aufsatzthema: „Deutschland in seiner tiefsten Erniedrigung“ gestellt. In einer Reihe Berliner Gemeindeschulen haben Lehrer die Kinder mit nationalen Phrasen gefüttert, wie uns aus der 3. Klasse der Knabenschule in der Christianiastraße gemeldet wird. Auch der Direktor der Pflichtfortbildungsschule in der Gräntbaler Straße hat sich hervorgetan. Eine am 15. Mai in der Aula abgehaltene Schülerversammlung begann mit einem Klaviervortrag: „Wir treten zum Beten“, worauf der Direktor der Schule das Wort ergriff. Er sprach von den harten Friedensbedingungen, von der Sozialisierung, vom Mitbestimmungsrecht, vom Hindernis des Rätesystems, von den verwüstenden Streiks. Lieber wäre es den Arbeitern, wenn sie nur vier Stunden zu arbeiten hätten. Die Arbeiter in Deutschland verlangten zu hohe Löhne. Der Kaiser, Ludendorff und Hindenburg seien unschuldig und es wäre sinnlos, sie vor ein Kriegsgericht zu stellen. Im Interesse der Arbeiterschaft dürfte der Friede nicht unterschrieben werden. Er schloß: Es wird ein Rächer auferstehen, der das deutsche Volk retten wird. Das habe ein Hohenzoller gesagt. Die Versammlung wurde mit der 3. Strophe „Deutschland, Deutschland über alles“ geschlossen.

So geht es auch an manchen anderen Stellen her. Es kommt aber bald wieder anders. Dafür werden die Arbeiter sorgen. Dann werden sie aber restlos aufsegen müssen.

Achtung! Arbeiterräte, Betriebsfunktionäre und Vertrauensleute der U. S. P. D.

Montag, den 19. Mai, 4 Uhr nachmittags, findet in den Sophiensälen, Sophienstraße, eine Fraktionssitzung statt. Es ist Pflicht jedes Funktionärs, pünktlich zu erscheinen.

Der Fraktionsvorstand.

Wo bleibt die „Ostergabe“ für die Kriegsbeschädigten?

Vor einiger Zeit wurde von amtlicher Seite mitgeteilt, daß den Kriegsbeschädigten eine Ostergabe von 50 M. gewährt werden sollte. Erledigung sollte durch die Bezirkskommandos erfolgen. Kriegsbeschädigte, die sich um die 50 M. bemühten, erhielten die Antwort: Ja, gezahlt werden die 50 M., aber wir haben noch keine Verfügung. Bei der allgemeinen Notlage wäre es doch angebracht, diese Sache nicht auf die lange Bank zu schieben, so daß schließlich die Ostergabe erst zu Weihnachten gezahlt wird. Oder will man etwa die Kriegsbeschädigten an der Nase herumführen?

Der Protestrummel.

Bei der Demonstration am Königsplatz ereignete sich noch folgender Vorfall: Ein junger Mensch, der sich über diese Art der Gesinnungslosigkeit in ruhiger Form aussprach, wurde von dem Klüngel angepöbelt, ein Regierungssoldat trat auf ihn zu und riß dem jungen Mann eine Zeitung aus der Hand mit dem Bemerken, das sei die „Freiheit“. Es war aber nur ein illustriertes Blatt. Der junge Mensch wagte zu sagen, es sei leider nicht die „Freiheit“. Plötzlich hieß es, es sei Liebknechts Sohn. Zwei Regierungssoldaten verhafteten ihn und mißhandelten ihn schwer. Es war aber nicht Liebknechts Sohn, wie sich nachher herausstellte. Eine Dame, die das nicht mit ansehen konnte, entrüstete sich über diese brutale Art, so mit Deutschen umzugehen. Dafür wurde sie auf das gemeinste beschimpft. Der junge Mann wurde zur Wache nach dem Brandenburger Tor und von dort nach der Mittelstraße 37 geschleppt, wobei sich die Soldaten, nach Zeugenaussagen, brutal benahmen.

Was jetzt alles passiert.

Eines Tages spielte in den Tauentzienlichtspielen ein Film der französischen Revolution, der zur besseren Veranschaulichung mit dazugehöriger Musik begleitet wurde. Unter anderem auch mit der Marseillaise. Darauf sprang ein Herr auf und schrie, die Musik solle aufhören. Er brüllte über Terror und allen möglichen Unsinn. Nach Abschluß stellte sich dieser Schreier als ordensgeschmückter Oberleutnant heraus. Er hielt dann eine Rede, in der er von Vaterlandsverrätern sprach usw. Die Leitung ließ sich aber von diesem Gemütsmenschen nicht erweichen, sondern spielte ruhig das Programm weiter.

Es kommt auch die Zeit, wo diese Leutchen stille sein werden. Es ist ihnen dringend zu empfehlen, sich bis dahin auf den Hosenboden zu setzen und sich für einen nützlicheren Beruf zu präparieren. Es ist geradezu beschämend, wenn man sehen muß, wie diese Leute sich gebärden.

Ein Hilferuf der Fettstelle Milch.

Die Fettstelle Milch hat an den Reichsernährungsminister eine Eingabe gerichtet, in der darauf hingewiesen wird, daß die Milchaufbringung vor dem Zusammenbruch steht. „Die Tageszufuhr nach Groß-Berlin beträgt zur Zeit etwa 180 000 Liter. Im Vorjahr wurden zu derselben Zeit 310 000 Liter täglich hierher geliefert. Somit fehlen gegen das Vorjahr 130 000 Liter täglich. Erfahrungsgemäß wird nach kurzer Erholung in den nächsten Wochen bereits im Juli der Abstieg wieder beginnen. Wenn die Entwickelung des Vorjahres zugrunde gelegt wird, haben wir Mitte August einen Eingang von 140 000 und im Oktober d. J. von 120 000 Litern. Ungünstige Einflüsse können diese Entwickelung noch verschärfen. Ueberdies gehen zur Zeit bereits beinahe 20 000 Liter täglich in dickfaurem Zustande ein, die selbst durch Neutralisation nicht mehr zur Ausgabe als Trinkmilch herangezogen werden können. Somit beträgt der zur Zeit verfügbare Eingang nur 100 000 Liter, dem ein Bedarf der Bezugsberechtigten von rund 300 000 Litern gegenübersteht. 270 000 Liter hiervon müssen aus der Einfuhr gedeckt werden.

Wird der drohenden Entwicklung nicht alsbald entgegengetreten, so wird eine geregelte Verteilung der Milch im Herbst überhaupt unmöglich werden. Ein Eingang von 120 000 Litern würde abzüglich der Verluste und der sauren Milch nur noch die Versorgung der Kinder bis zum dritten Lebensjahre einschließlich gestatten. An ältere Kinder und Kranke könnte dann Milch überhaupt nicht mehr ausgegeben werden. Dies würde zweifellos den Untergang vieler Menschen bedeuten. Der Ernst der Lage spricht daher für sich selbst.“

Eine aufgeregte Szene spielte sich Donnerstag abend auf der Stadtbahn ab. Ein Mann von zirka 30 Jahren, der bei den Jägern gedient hatte, trug einen von diesem Regiment erhaltenen Entlassungsanzug. Er wollte gerade mit seiner Frau in ein Abteil 2. Klasse einsteigen, als ihm ein Leutnant namens Hermann Richter, vom Freischützenkorps Alexander-Ost mit den Worten anhielt: Wo haben Sie den Rock her? Der Jäger erklärte ihm, daß er ihm hierüber keine Auskunft gebe. Nun packte der Leutnant den Jäger mit beiden Händen am Arm und wollte ihn am Einsteigen verhindern, was ihm aber nicht gelang. Die Frau des Jägers sagte dem Leutnant, daß ihr Mann den Rock als Entlassungsanzug erhalten hätte. Das half aber alles nichts. Nun holte sich der Leutnant den Stationsvorsteher, welcher den Jäger zum Aussteigen auffordern sollte, was auch geschah. Aber der Jäger kam den Aufforderungen des Stationsvorstehers nicht nach. Der Leutnant stieg nun in das Abteil ein und fuhr mit nach Alexanderplatz. Auf der Fahrt zum Alexanderplatz forderte der Leutnant den Jäger wieder auf, ihm zu sagen, wo er den Rock her hätte. Der Jäger verweigerte wiederum die Auslage hierüber. Daraufhin zog der Leutnant seinen Revolver und erklärte: „Wenn Sie meinen Aufforderungen nicht Folge leisten, so mache ich von meiner Waffe Gebrauch.“ Er forderte nun von dem Jäger, daß dieser ihm das Futter des Rockes zeige, was auch geschah. Als der Leutnant das Futter sah, wollte er sich entfernen mit den Worten: „Entschuldigen Sie!“, worauf ihm der Jäger erwiderte: „Wir sind doch keine Roßgarde.“ Als der Zug auf Bahnhof Alexanderplatz einlief, war die hier befindliche Wache schon benachrichtigt, die nun die Personalien des Jägers auf Veranlassung des Leutnants feststellte. Als es sich nun herausstellte, daß der Jäger bei einem Jägerregiment gedient hatte und den Rock rechtmäßig erworben hat, erklärte der Leutnant, daß er von seiner Formation die Aufgabe habe, jeden festzunehmen, der den Ausdruck „Roßgarde“ gebraucht, da sie diese Bezeichnung als eine Beleidigung ansehe. Der Leutnant entfernte sich mit den Worten: „Diese Worte werden sie noch bereuen.“ — Es wird wirklich alle Tage schöner. Schließlich verlangt noch jeder schnöselige junge Offizier, daß man sich entkleidet und ihm die Unterwäsche zeigt. Eine solche Behandlung war man früher doch nicht gewöhnt.

Zu dem Raubmord am Kurfürstendamm wird uns noch mitgeteilt: Es unterliegt kaum noch einem Zweifel, daß der Mörder sich unter der Vorspiegelung, dem Generalvertreter einen Kunstgegenstand verkaufen zu wollen, Einlaß verschafft hat. Aus dem Bekanntenkreise, den der Ermordete hatte, kommt für die Tat nach den Feststellungen der Kriminalpolizei niemand in Frage.

Arbeiter-Abstinenten-Bund. Sonnabend, den 17. Mai, abends 7 Uhr, Versammlung im Friedr. Werderschen Gymnasium, Niederwallstraße 12. Vortrag des Gen. Heinzelmann, „Unsere Aufgaben im Befreiungskampf“.

Zentralstelle für Einigung der Sozialdemokratie. Charlottenburg. Sonntag vormittag 10 Uhr Volkshaus, Rosinenstraße, öffentliche Volksversammlung. Referent: A. Stein, U.S.P., Dr. Joelsohn, S.P.D.

Arbeiter-Samariter-Bund, Kolonne Rosenthal-Reinickendorf. Die aktiven Genossen, welche zum Sonntag noch nicht eingeteilt sind, melden sich um ½1 Uhr im Lokal „Bergemann“ in Stolpe beim Genossen Wendel.

Kriegsbeschädigte, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebene! Erscheint zum Massenprotest gegen den Gewaltfrieden am Sonntag, vormittags 10 Uhr, im „Schweizer Garten“ am Friedrichshain.

Int. Bund der Kriegsbesch. u. Kriegerhinterbliebenen. Die Mitglieder treffen sich am Sonntag vormittag ½9 Uhr in ihren Zahlstellenlokalen zwecks hochwichtiger Besprechung.

Lebensmittelkalender.

Berlin. Das fünfte halbe Pfund ausländisches Weizenmehl wird nach vorheriger Voranmeldung durch Abgabe des ganzen Abschnittes 17 der allgemeinen Lebensmittelkarte der Stadt Berlin vom Sonnabend, den 24. Mai 1919 ab, auf den Abschnitt J 3 der Einfuhr-Zusatzkarte für die Stadt Berlin ausgegeben.

Wittenau. Auf Abschnitt 20 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte 200 Gramm Haferflocken, auf Abschnitt 21 500 Gramm Honig, auf Abschnitt 22 250 Gramm Rührsuppen.

Pankow. Vom Montag ab werden in den durch ein Aushängeschild gekennzeichneten Geschäften gegen Abtrennung des Abschnittes 29 von der Pankower Lebensmittelkarte 250 Gramm Salzheringe zum Preise von 0,85 Mk. ausgegeben. Die ½-Liter-Krankenkarten können infolge erheblicher Verminderung der Eingänge an Vollmilch bis zum 18. Mai nicht mit Frischmilch beliefert werden. Als Ersatz wird Kondensmilch verabfolgt. Gegen Abtrennung der Milchkarten-Abschnitte vom 13. bis 18. Mai einschl. kann eine Büchse Kondensmilch in den bekannten Geschäften in Empfang genommen werden. Vom 19. Mai ab werden die ½-Liter-Karten wieder mit Frischmilch beliefert.

Nowawes. Heute findet in den Verkaufsstellen der Gemeinde auf folgende Nummern des Ausweises der Verkauf von Räucherwaren statt, und zwar in der Zeit von 8—1 Uhr vormittags und 3—7 Uhr nachmittags. Ziegener 801—1500, Müller 601—1400, Kubow 301—1250, Frommert 3052—4051, Winkel 301—1400.

Aus den Organisationen.

Tegel. Sonnabend abend 7½ Uhr Beginn des Rednerkurses bei U.S.P. bei Lenhard, Berliner Straße. Alle Genossen und Genossinnen, die daran teilnehmen, werden um pünktliches Erscheinen ersucht.

Freie Jugend Groß-Berlin. Alle Gruppen werden ersucht, Vertreter zu schicken zwecks Abholung von Zeitungen.

Spiel und Sport.

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität“, Berlin und Umgegend. Sonntag, den 18. Mai, zur erneuten Grabsteinenthüllung des Genossen Herrmann. Starts sämtlicher Abteilungen 10½ Uhr, Sammelstart 11½ Uhr, Nettelbeckplatz (Lindower Straße). — 2. Abt.: 8 Uhr früh Flugblattverbreitung. — Nach der Enthüllung Treff in Glienicke (Nordbahn), bei Altermann. — Ortsgruppe Reinickendorf, 1 u. 2. Abt.: Starts 11 Uhr, Sammelstart 11½ Uhr, Nettelbeckplatz. — Ortsgruppe Tegel: Start 10½ Uhr Vereinslokal, Sammelstart Nettelbeckplatz 11½ Uhr. — Ortsgruppe Lichtenberg: Start 10½ Uhr, Sammelstart 11½ Uhr Nettelbeckplatz. — Ortsgruppe Weißensee: Start 10½ Uhr. — Sämtliche übrigen Ortsgruppen des 21. Bezirks (Niederbarnim) Sammelstart Nettelbeckplatz 11½ Uhr. Es wird höflichst gebeten, daß sich die Sportsgenossinnen Schärpen anlegen.

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Wielepp, Neukölln. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Lindendruckerei und Verlagsgesellschaft m. b. H., Schiffbauerdamm 19

Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands.
Filiale Berlin. Sebastianstr. 37-38

Achtung! Herrenmaß-, Uniform- und Damenmaß-Branche! Achtung!

Allen in den obigen Branchen beschäftigten Kollegen und Kolleginnen zur Mitteilung, daß sämtliche Tarife in diesen Branchen gekündigt worden sind. Sie laufen am 1. August resp. 1. September 1919 ab.

Am Dienstag, den 20. Mai 1919, abends 7 Uhr

findet im Lehrervereinshaus, Alexanderstr. 41 zu diesem Zwecke eine

Versammlung

statt.

Tagesordnung:

1. Warum sind die Tarife gekündigt worden.
Referent: Kollege Schumacher.
2. Welche Forderungen stellen wir an die Arbeitgeber?

Kollegen und Kolleginnen! Erscheint in Massen zu dieser Versammlung, um durch eine einheitliche Willenskundgebung zum Ausdruck zu bringen, daß wir bereit sind, in der Maßschneiderei unter allen Umständen bessere Verhältnisse zu schaffen.

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Bauarbeiter-Verband Verein Berlin

Bureau: Engelufer 15 III, Zimmer 53

Geöffnet von 9—1 Uhr vorm. und von 5—7 Uhr nachm.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz Nr. 4083 und 8772

Da zwischen dem Verband der Baugeschäfte von Groß-Berlin und den Arbeiterorganisationen des Baugewerbes neue Unterhandlungen stattgefunden haben, soll hierüber den Mitgliedern Bericht erstattet und Gelegenheit gegeben werden, sich durch Abstimmung für Annahme oder Ablehnung der Vereinbarungen zu entscheiden.

Diese **Versammlungen** finden am **Sonntag, den 18. Mai d. J., vormittags 9½ Uhr,** in den Bezirken in untenstehenden Lokalen statt.

Tagesordnung in allen Versammlungen: 1. Berichterstattung über das Ergebnis der Verhandlungen. 2. Abstimmung über Annahme oder Ablehnung derselben. 3. Aufstellung von Kandidaten zur Neuwahl der Vereinsleitung. (Soweit solche Vorschläge noch nicht gemacht worden sind.)

Zu allen Versammlungen berechtigt zum Eintritt nur das Mitgliedsbuch des Bauarbeiterverbandes. Mitglieder anderer Organisationen haben **keinen Eintritt.**

Die im Bauarbeiterverband organisierten Erdarbeiter, die bei den Untergrundbahnbauten beschäftigt sind, werden ganz besonders zu diesen Versammlungen eingeladen.

Adlershof	bei	Kaul, Hellwigstr. 31
Alt-Glienicke	„	Stadie, Grünauer Str. 7
Charlottenburg	„	Volkshaus, Rosinenstr. 3
Friedrichsfelde	„	Sommerfeld, Miquelstr. 70
Friedrichshagen	„	Tinius, Friedrichstr. 121
Friedenau	„	Schönefeld, Kirchstr. 23
Cöpenick	„	Glauert, Grünauer Str. 7
Lankwitz	„	Schulz, Kurfürstenstr. 35-37
Lichtenberg	„	Piepenhagen, Scharnweberstr. 60
Lichtenrade	„	Zanke, Hohenzollernstraße, Ecke Krügerstraße
Lichterfelde	„	Begener, Hindenburgdamm 104
Mahlsdorf	„	Anders, Bahnhofstr. 34
Mariendorf	„	Steuer, Chausseestr. 27
Marienfelde	„	Schuster, Kirchstraße
Neukölln	„	Wolff, Kirchhofstr. 41
Oberschöneweide	„	Schüttler, Siemensstr. 28
Pankow	„	Wanske, Brehmestr. 25
Reinickendorf	„	Feind, Residenzstraße, Ecke Schönholzerstraße
Schmargendorf	„	Bringmann, Breitestr. 3
Schöneberg	„	Ebrecht, Meininger Str. 8
Steglitz	„	Schellhase, Ahornstr. 15 a
Stralau	„	Kalka, Stralauer Allee 25
Tegel	„	Klemer, Schlieperstr. 64
Treptow	„	Scholze, Graetzstr. 49
Weißensee	„	Masche, Berliner Allee 251
Wilmersdorf	„	Schilling, Lauenburger Str. 21
Zehlendorf	„	Mielken, Potsdamer Chaussee 26
Moabit	„	Bürger-Säle, Beusselstr. 9
Wedding	„	Funke, Triftstr. 63
Norden 1	„	„Zum Strauß“, Pappel-Allee 25
Norden 2	„	Büttner, Schwedter Str. 23-24
Nord-Osten	„	Union-Festsäle, Greifswalder Str. 221-223
Osten 1	„	Andreas-Festsäle, Andreasstr. 21
Osten 2	„	Kempin, Tilsiter Str. 65
Süd-Osten	„	„Süd-Osten“, Waldemarstr. 75
Süden	„	„Märkischer Hof“, Admiralstr. 18 c
Südwesten	„	Schulz, Mariendorfer-, Ecke Solmsstraße
Westen	„	Wiemers, Bülowstr. 58
Gesundbrunnen	„	Mandel, Prinzen-Allee 87
Oranienburger Vorstadt	„	Dahms, Schlegelstr. 9
Tempelhof	„	Kusch, Ringbahnstr. 18.

Die Versammlungen werden alle pünktlich um 9¼ Uhr eröffnet.

An der Abstimmung über Annahme oder Ablehnung der Vereinbarungen können sich nur beteiligen: Maurer, Einschaler, Zementierer und Flechter, und alle Hilfsarbeiter und Erdarbeiter.

Der Vereinsvorstand.

Montag, den 19. Mai, abends 6½ Uhr
im Lokal von Wilke, Sebastianstraße 39,

Mitgliederversammlung der Sektion der Stukkateure

Mitgliedsbuch legitimiert.

Die Sektionsleitung.

Dienstag, den 20. Mai, abends 6 Uhr,
also gleich nach Feierabend,

Versammlung aller in den Fabrikbetrieben Groß-Berlins beschäftigten Maurer und Hilfsarbeiter.

Tagesordnung: Welche Stellung gedenken die Kollegen in der Lohnbewegung einzunehmen.

Es ist Pflicht aller Fabrikmaurer, zu dieser Versammlung nicht nur selber zu erscheinen, sondern unter allen Fabrikmaurern die lebhafteste Agitation für den Besuch dieser Versammlung zu entfalten.

Der Vorstand des Verein Berlin des Deutschen Bauarbeiter-Verbandes.

Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands
Filiale Berlin Sebastianstraße 37-38

Wahlen zum Gewerkschafts-Kongreß
am Montag, den 19. Mai 1919.
Wahlzeit von 4—8 Uhr nachmittags in folgenden Lokalen:

1. Osten. Rigaer Str. 17, bei Wiedemann.
2. Nordosten. Prenzlauer Allee 43, bei Brandt.
3. Nordosten. Waßmannstr. 24, bei Seidel.
4. Neukölln und Südosten. Kottbuser Str. 13, bei Ehlert.
5. Zentrum. Seydelstr. 30, bei Wegner.
6. Südwesten und Westen. Puttkamerstr. 9, bei Löhrich.
7. Nordwesten. Marienstr. 9, bei Schneider.
8. Norden. Brunnenstr. 73, bei Döbling.
9. Charlottenburg. Volkshaus, Rosinenstr. 3.

Zu wählen sind drei Kollegen.
Mitgliedsbuch legitimiert; ohne dasselbe oder mit mehr als acht restierenden Wochenbeiträgen keine Wahlberechtigung.
Die Wahl wird pünktlich um 4 Uhr eröffnet und um 8 Uhr geschlossen.

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Verwaltung Berlin.
Telephon: Amt Moritzplatz 10623, 3578.
Bureau. Berlin, Rungestr. 30.

Sonnabend, den 17. Mai, mittags 12 Uhr, im Zirkus Busch.

Versammlung sämtlicher im Streik befindlicher Mitglieder.

Tagesordnung:
1. Bericht über die Verhandlungen mit der Achter-Kommission der Arbeitgeber. — 2. Diskussion.

Eintritt nur mit Kontrollkarte, diese können Freitag vormittag durch die Vertrauensmänner im Streikbureau, Rungestr. 30, in Empfang genommen werden.

Die Ortsverwaltung.

Charlottenburg

Zentrale für Einigung der Sozialdemokratie

Sonntag, den 18. Mai, vormittags 10 Uhr, im Volkshaus, Rosinenstraße.

1. öffentliche Volksversammlung

Tagesordnung:
Welche Einheitsfront braucht das Proletariat?
Referenten:
Genossen: A. Stein (U. S. P.), Dr. Joelsohn (S. P. D.)
Der Einberufer.
J. A.: P. Horn, Kantstr. 67.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin N 54, Linienstraße 83-85.
Geschäftszeit von 9—1 Uhr und von 4—7 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Montag, den 19. Mai 1919, abends 5 Uhr,

Versammlung

aller Schnittarbeiter und -arbeiterinnen
in den Sophiensälen, Sophienstraße 17/18.

Tagesordnung:
1. Die Stellung unserer Gruppe in der Maschinenarbeiterbranche. — 2. Diskussion. — 3. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.

Zu dieser Versammlung sind alle Stanzer, Warm- und Kaltpresser, Zieher, soweit sie nicht als Walzwerkarbeiter in Frage kommen, sowie alle weiblichen Berufsangehörigen vorstehender Kategorien eingeladen.
Mitgliedsbuch legitimiert!

Achtung! 16. Bezirk! Achtung!
Montag, den 19. Mai 1919, abends 6½ Uhr.

Bezirks-Versammlung vom 16. Bezirk
in den Pharussälen, Müllerstraße.

Tagesordnung:
1. Neuwahl der gesamten Bezirksleitung. — 2. Verschiedenes.

Die Vertrauensleute werden ersucht, ½ Stunde vorher anwesend zu sein.
Kolleginnen und Kollegen erscheint zahlreich in dieser Versammlung.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Montag, den 19. Mai 1919, abends 6½ Uhr.

Versammlung

der Metallformer und Berufsgenossen
im Lokal Süd-Ost, Berlin, Waldemarstr. 75.

Tagesordnung:
1. Wollen wir unser Lohnabkommen kündigen? — 2. Diskussion. — 3. Verschiedenes.

Um 4½ Uhr findet in demselben Lokal eine Vertrauensmännerkonferenz statt.
Jeder Vertrauensmann muß erscheinen.
Besondere Einladung erfolgt nicht.

Die Ortsverwaltung.

Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands.
Filiale Berlin. Sebastianstr. 37-38.

Achtung! Achtung!

Herren- und Knaben-Konfektion!

Montag, den 19. Mai 1919, abends 7 Uhr, bei Boecker, Weberstraße 17,

Versammlung

Tagesordnung:
Bericht von den Verhandlungen über die Teuerungszulage; Referent: Kollege Schumacher.

Achtung! Achtung!

Die Zuschneider und Zuschneiderinnen

kommen am Montag gleich nach Geschäftsschluß bei Boecker zusammen.

Geschäfts-Sitzungen

am Sonnabend, den 17. Mai 1919, bei Schultes, Molkenmarkt 7/8: Hugo Herrmann, Jean Popper, Müller u. Leopold, abends 7 Uhr. Sonnabend, den 17. Mai, abends 7 Uhr, bei Schulz, Königsgraben 2: Möller u. Co., Leopold Pinn, Stein, Felix Kahn, A. u. J. Silbermann, Landau u. Bandmann, Herzog Nachfl., Adolf A. Stern, Emanuel Wolff.

Die für Montag fälligen Sitzungen finden der Versammlung wegen nicht statt. Des weiteren ersuchen wir die Kollegen, vorher ihr Wahlrecht zum Gewerkschaftskongreß auszuüben.

Die Kommission.

Achtung! **Leder, Galanteriewaren** Achtung!
Montag, den 19. Mai, ½8 Uhr,
Zum Alexandriner, Alexandrinenstr. 37,

Große öffentliche Versammlung
der in der Lederwaren, Galanteriewaren und Galanterie-Sattlereien beschäftigten Werkmeister.

Tagesordnung:
1. Ist die Entlohnung der Werkmeister der jetzigen Zeit entsprechend? — 2. Wie verbessern wir unsere wirtschaftliche Lage? Referent: Koll. Renisberg.

D. W. V., Bezirk 10.

Kriegsbeschädigte, Kriegsteilnehmer, Hinterbliebene der Flugzeugmeisterei Adlershof.

Am Montag, den 19. Mai 1919, findet im Restaurant Berg, früher Kaul, Adlershof, Bismarckstr. 45, eine Vollversammlung statt. Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen unbedingt notwendig.

Kriegsbeschädigten-Fürsorge.
Sommer. Kunze.

Ortskrankenkasse der Mechaniker, Optiker und verwandten Gewerbe zu Berlin

Zu der am Montag, den 26. Mai 1919, abends 6 Uhr, im Kassenlokal, Münzstraße 24, stattfindenden

ordentlichen Sitzung des Ausschusses

werden die Vertreter der Arbeitgeber und Kassenmitglieder hiermit eingeladen.

Tagesordnung:
1. Abnahme der Jahresrechnung für 1918. — 2. Antrag auf Beitritt zum Verband der Krankenkassen im Bezirk des Oberversicherungsamtes Groß-Berlin. — 3. Abänderung der Dienstordnung. — 4. Beschlußfassung über den Beitritt zum Versicherungsverein Deutscher Krankenkassen. — 5. Verschiedenes.

Berlin, den 17. Mai 1919.
Der Vorstand.
M. Gutsche, Vorsitzender.
F. Hemann, Schriftführer.

Die den Vertretern übersandte Einladung ist am Eingang vorzuzeigen.

Kleine Anzeigen

Verkäufe

Reizende Schlafzimmer, Speisezimmer mit Rindledersofa, Küche, Ankleideschrank. Versch. einz. Umbausofa, Chaiselongue, Bettstelle, eichenes Büfett, Schreibtisch, Waschtoilette, Trumeau, Teppiche, Federbetten verkauft Teitz, Köpenicker Str. 154, 4. Etg. Verkauf an Privatleute. Händler verb.

Metallbetten, weiß, schwarz, braun 75.—, Chaiselongues 75.— an. Meicke, Augustastraße 32a, Quergeb. parterre.

Verliehen gewesene und neue Möbel verkauft billigst Seelig, Lothringer Straße 23, (Schönhauser Tor). Kleiderschränke, Vertikos, 65.00, 85.00, 125.00, neue zusammen 100.00, Bettstellen m. Matratzen 65.00, 85.00. Muschel-, engl. Bettstellen, Sofa, Chaiselongues, Spiegel, Kommode, billigst. Gr. Auswahl in eleganten, neuen Möbeln. Komplette Küche 175.00. Versende nach außerhalb.

Möbelkredit an jedermann. Kleinste Anzahlung, bequemste Abzahlung, größte Rücksicht. Einzelne Möbelstücke [illegible] bereitwilligst ab. Kriegsentschädigung nehme in Zahlung. Bei Barzahlung bedeutende Preisermäßigung. [illegible], Müllerstraße 7, eine Treppe.

Piano, Harmonium Flügel, neu, gebraucht Bechsteinflügel, verkauft billig Ernst, Oranienstr. 166, III.

Herrenfahrräder, Damenfahrräder, Motorräder Gelegenheitskäufe Kämmereit, Gr. Frankfurter Str. 14, Quergeb.

Wringmaschine, Friedensware, wie neu, verkauft Oehrmann, Jülicher Str. 2, Port. 1. vorn IV.

Pianos vorzügliche neue aus gutem Material, gute gebrauchte, wenig gespielte Pianos in großer Auswahl verkauft nur gegen Barzahlung, daher mäßige Preise. **Pianohaus Max Becker Andreasstr. 47**

Möbel-Roth liefert komplette Wohnungseinrichtungen sowie einzelne Möbelstücke, Küchen. Teilzahlung gestattet. Elsasser Str. 44, am Oranienburger Tor.

Mandoline, Laute, Gitarre Wandermandoline 45.—, [illegible] 85.— Konzertlaute 125.— [illegible] (Unterricht 5.— [illegible]) [illegible] Ernst, Oranienstr. [illegible]

Friedensware, [illegible] Vorrat reicht, verkauft [illegible] Gardinen, Portieren, Tüll-Bettdecken, Divan-Decken, Tischdecken, Waffeldecken, Dekorationen sowie fast neue Teppiche, Läuferstoffe, Bettvorlagen, Steppdecken und andere Gelegenheitskäufe. Fried. [illegible] straße 84, 2 Tr.

Gardinen, Teppiche, Tischdecken, Divandecken, [illegible] Stores, Portieren, Steppdecken, Tüllbettdecken, Läuferstoffe, Federbetten usw. [illegible] billig. Herzig's Gelegenheitskäufe, Zehdenicker Straße [illegible] (nahe Rosenthaler Platz).

Kücheneinrichtung, modern, preiswert, verkauft Huth, Ueckermünder Straße 8, III.

Ein guterhaltener Handwagen, passend für jedes Geschäft, zu verkaufen. Torfstraße 14, im [illegible]

Kostüm, modefarb. [illegible] Kleid, grün, [illegible] Anzug, guterh., [illegible] Flügel. Schönhauser Allee 72, II rechts.

Fahrrad, gebrauchtes, zu verkaufen. [illegible] Straßmannstr. 12, [illegible] gebäude II.

Küchen, moderne [illegible] ohne Anrichte, [illegible] Riesen-Auswahl, [illegible] wert. Himmel, Lothringerstr. [illegible]

Verschiedenes

Rechtsrat [illegible]

Rechts-Auskunftei Invaliden-Straße 134. [illegible] sachen, Ehesachen, Alimentensachen, Beobachtungen, Ermittelungen.

Landrichter [illegible] Rechtsbeistand, Prozeßführung, Eingaben, Ermittelungen, Beobachtungen, [illegible] Straße 47 (Rosenthaler Tor), Hannoversche Str. 2 (Oranienburger Tor).

Ehescheidungen [illegible] im Armenrecht, Strafsachen, Alimentensachen, Prozesse überall. Gesuche! [illegible] ragende Erfolge! [illegible] Ermittlungen, [illegible] Rechtsschutz [illegible] Direktor Manden, [illegible] Weser-, Kaiser-Friedrich-Straße, Neanderstrasse 7, [illegible] strasse 3, Grosse Frankfurter Strasse 10, Neukölln, [illegible] Strasse 89.

Neanderstr. 31
(Hausnummer beachten) Rechts-Auskunftei „Groß-Berlin“ und Detektiv-Institut. Fernsprecher Moritzplatz [illegible] Prozeßsachen, Ehesachen, Strafsachen, Eingaben, Ermittelungen, Auskünfte. Sonntags geöffnet.

Darlehen jedermann. Rechtsbüro, [illegible] Straße 68.

Rechtsbüro [illegible] Straße 68 macht alle [illegible]

Sehr [illegible] Zeugnis-Abschriften, [illegible] fertigt billigst [illegible]

Rechtsbeistand [illegible] Zivil-, Straf-, [illegible] Gnadensachen. [illegible] erfolgreiche Praxis!

Umtausch für 2 abgespielte oder zerbrochene eine Schallplatte im Musikladen Friedrichstrasse 235

Botenfrauen zum Austragen der [illegible] sucht Gierschner, [illegible] straße 92.

Botenfrauen mit Hilfe für größere Tour [illegible] sucht Fr. [illegible] Strasse 11.

1 Botenfrau verlangt Fr. Sternkiker, Charlottenburg, Königin-Elisabeth-Straße [illegible]

Botenfrauen werden sofort eingestellt. [illegible] Döring, [illegible]